

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dismann

7. Jahrg.

Stuttgart, 2. Januar 1926

Nummer 1

Inhaltsverzeichnis:

1. 1926 (Rob. Dismann).
2. Ein Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes (Tony Sender).
3. Das Wirtschaftsjahr 1925 (F. Perich, Gera).
4. Planmäßige Nahrungsmittelversorgung (Karl Marchionini, Leipzig).
5. Die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten (Dr. Judith Grünfeld, Jena).
6. Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamtes (Tony Sender).
7. Der Kampf um die Wirtschaftseinheit (Eugen Prager, Berlin).
8. Lohnpolitik (Hg. Schubert, Frankfurt a. M.).
9. Bücherbesprechung.

1 * 9 * 2 * 6

Rob. Dismann

Keine frohe Neujahrsbotschaft winkt. Eine schwere Wirtschaftskrise geht mit über die Schwelle des neuen Jahres. Und da wir nicht gewöhnt sind, uns eine Binde vor die Augen zu legen, so versuchen wir, den vollen Ernst der Situation zu erfassen. Das ist notwendig, um unser Arbeits- und Kampffeld mit den sich uns entgegentürmenden Schwierigkeiten zu überblicken, danach unsere Kräfte einzusetzen und mit verdoppelter Energie bemüht zu sein, die Macht des Proletariats zu steigern. Denn daß wir im Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse nur auf uns selbst angewiesen sind, sollte nachgerade auch dem rückständigsten Klassengenossen zum Bewußtsein kommen. Sprechen doch nicht zuletzt auch die Erfahrungen des verflossenen Jahres eine recht lehrreiche Sprache.

1924 erhielt die damals infolge Inflation, Währungszusammenbruch, Ruhrkampf und andere Faktoren völlig daniederliegende Wirtschaft nach Annahme des Londoner Abkommens einen gewissen neuen Antrieb und mancher mochte der Hoffnung sein, daß nunmehr wieder eine Prosperitätsperiode anbrechen würde. Wir haben uns von solchen trügerischen Hoffnungen frei gehalten. Die Annahme des Londoner Abkommens war unter den Verhältnissen der damaligen Zeit zwangsläufig. Irrtümlich aber wäre die Auffassung, etwa durch politische Verträge allein die Wirtschaftskrise beheben zu können, die nicht nur Deutschland getroffen hat, sondern ganz Europa belastet, im engsten Zusammenhang mit den großen Kräfteverschiebungen der Weltwirtschaft stehend, untrennbar verbunden mit dem System kapitalistischer Wirtschafts-anarchie und Herrschaft, die immer mehr zum

Fluche aller Völker wird. Das ist uns als freien Gewerkschaftern und Sozialisten, die wir die Grundlehren von Karl Marx, Engels und anderer Vorkämpfer des Sozialismus seit langen Jahren zum Leitstern unserer Lebensarbeit machten, gewiß keine neue Offenbarung. Und doch scheint es notwendig, mehr wie je in diesen Tagen auf das geistige Rüstzeug des Sozialismus hinweisen zu müssen, um bei Behandlung der mit der Krise zusammenhängenden Wirtschaftsfragen nicht an den tieferen Ursachen der Krise und deren Beseitigung vorbeizugehen.

Was haben wir seit dem Londoner Abkommen erlebt? Das mit diesem Abkommen verbundene sich-politisch-wieder-näher-kommen der Völker schuf u. a. auch die Möglichkeit neuer Kredite, insbesondere aus Nordamerika. Die dann von deutschen Unternehmern locker gemachten Kredite werden insgesamt wohl mehrere Milliarden betragen. Doch mit Krediten allein wird keine Wirtschaft flott, geschweige denn gesund. Da hat nun die Luther-Regierung im Jahre 1925 getreulich nachgeholfen. Sie stützend auf eine feste bürgerliche Reichstagsmehrheit, leistete sie eine überaus umfangreiche und „fruchtbare“ Arbeit, wovon u. a. die Aufwertungs-, Steuer- und Zollgesetze zeugen, die im deutschen Reichstage mit allen Mitteln durchgepeitscht wurden. Wenn dazu der Zentrumsabgeordnete Andre (auch ein „Arbeitervertreter“) noch bei der Erwerbslosendebatte am 12. Dezember 1925 im Reichstage bemerkte: „Wir — das Zentrum — haben diese Zoll- und Wirtschaftspolitik mitgemacht um der deutschen Wirtschaft selbst willen“, so dokumentieren diese Worte erneut, wie man im bürgerlichen Lager die Augen verschließt selbst vor den brutalen Lehren, die uns die jetzige Krise erneut offenbart und unter der die deutsche Arbeiterklasse aufs schwerste leidet.

Die im zweiten Halbjahr 1925 einsetzende Wirtschaftskrise zeigt in den letzten Monaten eine zunehmende Verschärfung von Woche zu Woche. Ist der „Höhepunkt“ dieser Krise bereits erreicht? Wird das Frühjahr 1926 eine Besserung bringen? Wer wollte diese Fragen heute mit Sicherheit beantworten. Wir tun gut, mit einer längeren Krise zu rechnen und danach unsere Maßnahmen einzurichten. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter bedürfen dringend ausreichender Hilfe. Die durch Reichsverordnung gewährte Erwerbslosenunterstützung genügt nicht den Anforderungen, die das nackte Leben auch an Arbeitslose stellt. Dabei wird einem großen Teil Arbeitsloser durch die einschränkenden Bestimmungen der Reichsverordnung zur Erwerbslosenfürsorge überhaupt jede Unterstützung versagt, obwohl die Mittel zur Erwerbslosenfürsorge seit Anfang 1924 durch zwangsläufige Beiträge aufgebracht werden, die in erster Linie die Arbeitnehmer selbst tragen. Den Kurzarbeitern — auch wenn sie nur eine, zwei oder drei Schichten pro Woche arbeiten können — wird bis zur Stunde jede Unterstützung verweigert. Die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten u. a. bedarf in den nächsten Monaten unserer besonderen Aufmerksamkeit.

An unsere Organisation werden in Krisenzeiten besondere Anforderungen gestellt. Die bezugsberechtigten Mitglieder erhalten bei Arbeitslosigkeit die Erwerbslosenunterstützung des Verbandes, ebenso derjenige Teil von Kurzarbeitern, deren Arbeitsstunden wöchentlich nur noch die Hälfte und weniger betragen. Müssen wir so unsere arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder unterstützen, so nicht minder die noch in Arbeit stehenden Kollegen, die die

Versuche der Unternehmer auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren haben. Diese Versuche stehen nicht vereinzelt da. Schon stehen unsere Kollegen an verschiedenen Stellen des Reiches im harten Abwehrkampf, weil sie sich dem Diktat der Unternehmer nach Lohn- und Akkordabzügen nicht willenlos beugen. **Die Organisation steht hinter ihnen.** Solidarische Gemeinschaft soll uns aufs engste verbinden. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Schutz, Unterstützung und Hilfe. Das kann er um so mehr, wenn alle Mitglieder bemüht sind, ihren Verbandsbeitrag pünktlich zu entrichten, die Organisation zu stärken und ihr weitere Mitglieder zuzuführen.

Kennzeichnend ist, wie man im bürgerlichen Lager, in Regierungsämtern und andern Stellen der Krise und ihren Ursachen begegnet. Als im Frühjahr 1925 das Knistern einer hereinbrechenden Krise sich im kapitalistischen Gebälk größerer Konzerne — siehe Stinnes u. a. — bemerkbar machte, da schrieb man von einer „Konzern-dämmerung“ u. a. Nachdem in den letzten Monaten die Krise immer mehr auf das deutsche Wirtschaftsleben niedersinkt, findet man alle acht Tage neue Namen, die der Erklärung dieser Krise und der Beruhigung gutgläubiger Staatsbürger — der brave Untertanenverstand ist auch im „neuen Deutschland“ noch zu Hause — dienen sollen. Man redet und schreibt von einer Kreditkrise, Produktions-, Absatz-, Deflations-, Rationalisierungs-, Sanierungs-, Reinigungs- oder Gesundungskrise usw. Daß bei dieser Krise auch „gereinigt“ wird, soll nicht bestritten werden. Anders steht es um das **Wie** und **wer** bei dieser Krise furchtbarste Not leidet. Es wird auch zwangsläufig „rationalisiert“ werden, Zusammenschlüsse werden vorgenommen, man will eine „Verbilligung der Produktion“ anstreben u. a. m. Das alles vollzieht sich jedoch erbarmungslos auf dem Rücken der arbeitenden Massen und dient letzten Endes der Aufrechterhaltung kapitalistischer Profitwirtschaft. Das Gerede von Rationalisierungs-, Reinigungs- und Gesundungskrisen usw. aus dem Munde bürgerlicher „Nationalökonomien“ soll als Beruhigungsmittel wirken, die Sünden kapitalistischer Mißwirtschaft verdecken und gibt die Ratlosigkeit jener Kreise wieder, die der Krise im Rahmen kapitalistischer „Ordnung“ nicht Herr werden können. Wenn sozialistisch geschulte Gewerkschafter ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft stellen, so geschieht es in erster Linie, um die proletarischen Opfer dieser Krise zu unterstützen und dem mit der Krise verbundenen Massenelend entgegenzuwirken. Sehen wir jedoch schon bei der Beratung unserer sozialpolitischen Anträge den scharfen Kontrast zwischen uns und den bürgerlichen Parteien, um wieviel mehr tritt dieser Gegensatz bei Forderungen zutage, die von sozialistischen Gedankengängen getragen sind und die sich auf die Wirtschaft selbst beziehen. Ein Hüben und Drüben dann nur gibt.

Zeigen uns die Zusammenhänge der gegenwärtigen Krise erneut die Wichtigkeit sozialistischer Weltanschauung, so sollen sie gleichzeitig ein Ansporn für uns sein, **unserer großen Sache auch fernerhin mit allen unseren Kräften zu dienen.** Materielle und organisatorische Stärkung unseres Verbandes wie der Gesamtbewegung, geistige Schulung der Mitglieder, Aufklärung aller arbeitenden Schichten, ihre Sammlung und Einigung in geschlossener proletarischer Kampffront im Lande, darüber hinaus ein enges Zusammenwirken

aller Glieder der proletarischen Internationale, die zum aktiven Weltbund der Arbeit werden muß. So laßt uns arbeiten und kämpfen, im festen Vertrauen zu unserer Sache und handelnd nach den Lehren unserer großen Vorkämpfer:

Die Befreiung der Arbeiter kann nur ihr eigenes Werk sein.

Ein Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes

Tony Sender

Er versteht auf allen Instrumenten zu spielen, der Reichsverband der deutschen Industrie. Waren es dieselben Kreise, die in der monarchistischen Zeit die Kanäle aufzufinden mußten, um ihren Interessen zur Geltung zu verhelfen, so haben sie sich inzwischen auch in der bürgerlichen Republik eingerichtet. Genügen da die guten Beziehungen allein nicht mehr, dieweil in einem demokratischen Staat es doch auch dem Volke einfallen könnte, den wirtschaftspolitischen Maßnahmen etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken — nun, so weiß man auch das Instrument der Demokratie zu spielen und unterzieht sich daher der zusätzlichen Arbeit einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Es zeugt schon von starkem Machtgefühl, daß der Reichsverband es sich leisten kann, die deutsche Presse zu einem „Presseabend“ einzuladen, auf dem seine Leiter das Programm des Reichsverbandes „auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Gütererzeugung und Güterverteilung“ darstellen und damit den Fabrikanten der öffentlichen Meinung, den Redakteuren der Generalanzeiger- und übrigen bürgerlichen Presse einfiltrieren. Anstoß zur Ausarbeitung des Programms hat angeblich die Untersuchung der deutschen Handelsbilanz gegeben, deren Ergebnis eine ungefähre Bestätigung der offiziellen Ziffern gewesen sei. Man wird diese Feststellung darum ebenso skeptisch aufnehmen dürfen, wie die amtlichen Ziffern, aus den verschiedensten schon früher behandelten Ursachen heraus, darunter vor allen Dingen wegen der Unklarheit über die Einbeziehung der Reparationslieferungen.

Zu einem Eingeständnis kläglichster Unfähigkeit deutscher Industrieführer gelangt die Denkschrift schon in ihrer Einleitung durch die Feststellung, daß es nunmehr gelte, den in keinem Verhältnis zum Verbrauch angeschwollenen Produktionsapparat entsprechend dem verkleinerten Betriebskapital und verengten Absatzmarkt einzuschränken. Damit ist zugestanden, daß in den letzten Jahren eine weitgehendste Falschanlage des Kapitals stattgefunden hat, daß die Besessenheit von der Flucht in die Sachwerte ein sinnloses Erweitern des Produktionsapparates herbeiführte, ohne daß man sich die für die kapitalistische Wirtschaft wesentlichste Grundfrage vorlegte, ob diese auch dadurch zu „Kapital“ werden könne, daß sie eine Rente abwirft, das heißt, daß auf der einen Seite genügend Betriebsmittel zur Verfügung, um sie in Gang zu halten, und andererseits für eine so erweiterte Produktion auch hinreichend Absatz geschaffen wird. Nun stehen sie hilflos da, die großen Wirtschaftsführer, und stammeln uns vor, daß sie für beide Voraussetzungen nicht rechtzeitig gesorgt und nun vor einem Scherbenhaufen stehen.

Es ist wichtig, dieses Eingeständnis festzuhalten, denn wenn uns nun von dieser Seite erneut Gesundungsrezepte präsentiert werden, dann dürfte es sehr angebracht sein, sich einen Maßstab für den Wert solcher Sachverständigenurteile zur Hand zu nehmen. Erfreulicherweise liefert ihn uns der Reichsverband ungewollt ja selbst!

Es wird sodann in eine Prüfung der Zusammensetzung der Handelsbilanz eingetreten. Danach sei im ersten Darves-Jahre die Einfuhr von Lebensmitteln, Getränken und Fertigwaren gleichgeblieben, während die von Rohstoffen und Halbfabrikaten von 6,3 auf 4,7 Milliarden Friedensmark gefallen sei, das heißt also, daß der relative Anteil an Konsumgütern und Fertigwaren gestiegen ist. Dieser Feststellung wird eine Tendenz zur Schwarzfärberei in der Bemerkung angehängt, daß die Besserung unserer Handelsbilanz in den letzten Monaten nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen dürfe, denen sich nicht nur die deutsche, sondern die gesamte europäische Wirtschaft gegenüber befinde. Aber die Nachforschung nach den Ursachen der Veränderung in der Zusammensetzung der Einfuhr nach Deutschland unterbleibt wohlweislich. Freilich müßte auch eine solche Analyse wiederum zu für den Reichsverband recht beschämenden Ergebnissen gelangen. Ist er es doch gewesen, der mit hingewirkt hatte auf die Schaffung jenes lückenlosen Zolltarifs, der in der Verteuerung der industriellen Rohstoffe die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fertigungsindustrie erschwerte, so daß einerseits eine erhöhte Aufnahmewilligkeit des deutschen Marktes für ausländische Fertigprodukte, andererseits ein verminderter Bedarf von ausländischen Rohstoffen für die deutsche Verarbeitung geschaffen wurde. Solche Untersuchungen haben aber nur dann Wert, wenn sie wirklich objektiv Krisenursachen aufdecken, um mit Energie begangene Fehler gutzumachen. Daran denkt freilich der Reichsverband nicht. Dafür aber wendet er sich an andere Stellen um Hilfe. Es heißt:

„Die deutsche Industrie verschleße sich nicht der Tatsache, daß der Produktionsapparat, der bei uns wie in ganz Europa in der Kriegs- und Inflationszeit ausgedehnt worden ist, einem Einschränkungsprozeß unterworfen werden muß. Die deutsche Industrie werde alle Möglichkeiten der Rationalisierung anwenden müssen, aber auf der andern Seite müsse sie verlangen, daß der Staat, die Arbeiter und die anderen Erwerbsstände ebenfalls im Wege der Verständigung Gesundungsmaßnahmen mit unterstützen werden.“

Damit enthüllt sich so ganz zwischendurch der ganze Zweck der Aktion. Nicht um objektiv Ursachen und Mittel zu ihrer Behebung aufzudecken, ist sie unternommen, sondern ihr Sinn besteht darin, sich mit dem Schein des Allgemeininteresses zu umgeben, um von den andern die Opfer verlangen zu können.

Da wird zunächst der Finanzpolitik des Reiches der Vorwurf gemacht, daß sie zuviel Steuern erhoben habe, daß Vorratswirtschaft getrieben worden sei, und man rechnet aus, daß gegenüber 14,2 Prozent Belastung des Volkseinkommens vor dem Kriege diese heute 25 bis 30 Prozent betrage. Darum müßten sich Reich, Länder und Gemeinden erhöhter Sparsamkeit befleißigen mit dem Ziele, die Gesamtausgaben um mindestens 20 Prozent zu verkürzen. Die Ansammlung von öffentlichen Geldern zum Zwecke der Schaffung von Rücklagen habe grundsätzlich zu unterbleiben. Steuermehrerträge sollen in erster Linie der Überführung in den Realcredit dienen. Und schließlich müsse die Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe beseitigt werden. Wie soll die Er-

sparsnis in den öffentlichen Haushalten aber herbeigeführt werden? Sehr einfach durch **allgemeinen Abbau der Aufgaben der Verwaltung**. Zu diesem Zwecke soll insbesondere die ehrenamtliche Ausübung behördlicher Funktionen wieder mehr als bisher gebräuchlich werden.

Dieses ganze Vorgehen erinnert allerdings gar zu deutlich an jene Monate der schwersten Inflation im Jahre 1923, die bekanntlich damals von den Unternehmern zu einem wirksamen Vorstoß gegen die sozialen Einrichtungen des neuen Staates benutzt wurden. Das, was damals nicht erreicht werden konnte an sozialer Reaktion, soll nunmehr unter dem Druck der Krise nachgeholt werden. Dies und nichts anderes bedeuten darum die Forderungen an den Staat und die öffentlichen Körperschaften. Denn wenn die Unternehmer von einer Verminderung der Steuerlast reden, so meinen sie natürlich nicht die Massenbelastung, sondern die Steuern der Besitzenden. Dabei dürfte ihre Ausrechnung nicht allzu gewissenhaft vorgenommen worden sein, sondern es ist allein schon aus dem Aufkommen an Einkommensteuer anzunehmen, daß sie das Volkseinkommen zu niedrig geschätzt haben, nur um zu dem von ihnen gebrauchten Ergebnis einer Erhöhung der Steuerlast gegenüber einem verminderten Volkseinkommen gelangen zu können.

Dabei verwehren sie dem Reich eine gewisse Vorsicht in seinen Gelddispositionen, obwohl solche Vorsicht von jeder vernünftig arbeitenden Betriebsleitung angewandt wird. Wie notwendig dies war, das zeigen die vielen Anträge auf Steuerstundungen, die gerade von diesen Kreisen in den letzten Monaten immer mehr sich häuften. Daß diese Anträge nicht nur aus der Not der Unternehmer geboren sind, wie man schon zu vermuten Ursache hatte, scheint durch die Denkschrift eine Bestätigung zu finden. Wendet man sich doch dagegen, daß von behördlichen Stellen die zur Verfügung stehenden Gelder wirtschaftlich angelegt wurden. Daraus befürchtet man wohl die Möglichkeit einer erweiterten Einflußnahme des Staates auf industrielle Unternehmungen, die man um so mehr fürchtet, als dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden könnten, daß maßgebliche Stellen mehr Einblick in die Geschäftsgebarung und Preiskalkulation erlangen, dadurch aber die Unterlagen zu kritischerer Nachprüfung von Unternehmerangaben in die Hand bekommen. Also auch Unterlagen zu kritischerer Nachprüfung der zahlreichen Denkschriften des Reichsverbandes! Wir können's den Herren ja nachfühlen, daß ihnen solche Nachprüfung zuviel Unbequemlichkeiten verursachen müßte.

Hat man von Unternehmerseite schon in den letzten Monaten das möglichste getan, um auf dem Wege der Steuerstundungen die öffentlichen Einnahmen zu vermindern, so zeigen sie jetzt auch mit zynischer Brutalität weitere Wege zum „Sparen“ auf. Sehr einfach: die Gesamtausgaben müssen eben um 20 Prozent gekürzt werden. Das schlägt man in einer Stunde vor, da weit über eine Million Arbeitsloser und noch mehr Kurzarbeiter in Deutschland vorhanden und völlig unzureichend unterstützt sind, da durch die Einstellung der Zahlung an die sogenannten „Ausgesteuerten“ auch die Fürsorgeämter stark belastet sind, da überhaupt die Krise die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften eher erhöht denn vermindert. Aber dennoch die Forderung: Abbau der Aufgaben der Verwaltung!

Das ist Scharfmachertum in Reinkultur, wie es noch bekräftigt wird durch eine Forderung, die nun aber wirklich mit der Rationalisierung der

Wirtschaft nicht das mindeste mehr zu tun hat und wie ein verräterischer Pferdefuß aus dem ganzen Wirtschaftsprogramm herauschaut. Es heißt nämlich: Die Sondergerichtsbarkeit ist einzuschränken und alle, auch die **gewerblichen Streitigkeiten** sind weithin wieder den ordentlichen Gerichten zuzuführen. Die **Zwangswirtschaft**, insbesondere auf dem Gebiete des **Wohnungswesens**, ist endgültig zu beseitigen.

Eine Ersparnis ist mit diesen Maßnahmen nicht bezweckt, aber die deutschen Unternehmer haben mit der ordentlichen Justiz so glänzende Erfahrungen gemacht, daß sie sich nicht nur dem weiteren Ausbau der Arbeitsgerichte als Sondergerichte widersetzen, sondern selbst Bestehendes einreißen wollen. Ein Beweis dafür, daß in der Sondergerichtsbarkeit doch noch etwas mehr sozialer Geist herrscht, auf dessen Beseitigung aber gerade auf allen Gebieten hingedrängt werden soll. Wenn sie dabei noch wenigstens einen großen leitenden Gedanken ihrem ganzen Programm zugrunde gelegt hätten, wie etwa das Prinzip des Liberalismus: jede Ausschaltung behördlicher Eingriffe, freie Selbstverwaltung der Wirtschaft. So aber ist ihr Programm voll innerer Widersprüche: Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft und jeglichen staatlichen Eingriffes, soweit es den Schutz des Konsumenten oder der Arbeitskraft angeht. Dagegen wird staatliche Hilfe angefleht, um der Wirtschaft mit Hochschutzzollmauern auf die Beine zu helfen. Dem aber fügt sich die bereits zum Schlagwort gewordene neue Forderung auf staatlichen Eingriff an: **Das Verlangen nach Antidumpingzöllen**. Wobei man in gewohnt kurzsichtiger Weise nur zu leicht übersieht, daß es ein zweischneidiges Schwert wäre, das man damit in die Hand nähme. Führt nämlich Deutschland Antidumpingzölle gegen das Valutadumping einiger zurzeit valutawacher Staaten ein, so könnte nur allzu leicht damit jenen ausländischen Staaten ein Hinweis auf ähnliche Maßnahmen gegeben sein, die sich gegen das deutsche echte Dumping zur Wehr setzen wollen. Denn der Reichsverband dürfte mindestens so gut wissen, wie wir, daß in einer Reihe deutscher Industrien der Export nach dem Ausland zu billigeren Preisen vorgenommen wird, als der Absatz in Deutschland selbst. Dabei klingt immer wieder die Notwendigkeit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft an. Die Weisheit des Reichsverbandes würde gerade das Gegenteil bewirken.

Natürlich reitet man wieder das alte Stedenpferd der **Soziallast**. Die Belastungen müßten in regelmäßigen Zeitabschnitten überprüft und der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden. Jährlich sei ein Gesamtetat für soziale Belastungen aufzustellen. Die Unternehmer wissen, daß sie damit Unmögliches verlangen. Wie wollen sie beispielsweise zu Beginn des Jahres genau die Anzahl der Krankheitsfälle, der Betriebsunfälle oder gar der erwerbslos werdenden festlegen? Was sie beabsichtigen, wird dennoch klar — ein starres System, reduziert auf das Minimalste der Leistung und ohne jede Rücksichtnahme auf einen vergrößerten Notstand. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, was sie hinsichtlich des

Lohnes

verkünden: „Er müsse sich nach der Leistung und der Produktivität der Arbeit richten. Also nach Fakten, die größtenteils nicht vom Arbeiter, sondern von der Betriebsleitung und ihren Dispositionen zur wirtschaftlichen Ausgestal-

lung des Unternehmens abhängen.) Eine zwangsweise Bestimmung der Löhne durch den Staat sei auszuschalten. Die Anwendung des Nachtstundentages dürfe nicht schematisch sein. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einzelunternehmen mit der Belegschaft dürfe durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden."

Damit wären wir wohl zum Kern des Programms gelangt. Denn was bedeuten diesen sehr konkreten Formulierungen gegenüber die allgemeinen Redensarten über Normalisierung und Typisierung, über die Förderung der Konzentration und der Bildung von internationalen Kartellen oder etwa die Redensart von dem notwendigen Reinigungsprozeß im Handel? Das alles ist nur Umkleidung, um den Schein der volkswirtschaftlichen Besorgnis zu retten. Dieser zweite große Vorstoß der Sozialreaktion will nunmehr auch an den der Arbeiterschaft garantierten verfassungsmäßigen Rechten rütteln. Darum soll ein Weg gefunden werden, um die Anerkennung der Berufsorganisation zu beseitigen und sie zu ersetzen durch die isolierte Belegschaft, die jeweils einzeln mit dem Unternehmer Vereinbarungen treffen soll, von denen man sich natürlich mehr verspricht als von Verhandlungen von Macht zu Macht, von Organisation zu Organisation.

Die drohende Gefahr darf daher von den Organisationen nicht unterschätzt werden. Die Enthüllung ihrer Pläne durch die deutschen Unternehmer brachte den Arbeitnehmerorganisationen wenigstens den Vorteil, daß man die Absichten kennt und sich gegen sie rüsten kann. Die Spekulation auf die Dummheit und Gutmütigkeit muß fehlschlagen — aber auch die Spekulation auf eine durch die Krise etwa verursachte organisatorische Schwäche muß zuschanden gemacht werden. Besser gerüstet als zu Ausgang des Jahres 1923 stehen wir schon da — verstehen wir es, unsere Kraft zu konzentrieren, um den Vorstoß des Reichsverbandes zurückzuweisen.



Das Wirtschaftsjahr 1925

F. Petrich (Gera)

I. Von der verschleierten zur offenen Krise

In den Spalten dieser Zeitschrift ist in wirtschaftlichen Dingen niemals weder übertriebenem Pessimismus noch ausschweifendem Optimismus Raum gegeben worden. Die durchaus nüchterne Beurteilung der jeweiligen Lage ist durch die wirtschaftliche Entwicklung namentlich des letzten Jahres vollauf gerechtfertigt worden. Mit welchem Überschwang der Gefühle steuerte man in das verflossene Jahr. Selbst Stellen der planmäßigen exakten Konjunkturforschung gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, daß die Stabilisierungs- und Gesundungskrise bald zu einem positiven Resultat führen werde. Alle diese Erwartungen, so berechtigt und verständlich sie an sich auch sein mögen, sind bitter enttäuscht worden. Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin fällt kurz vor Jahreschluß „ein geradezu vernichtendes Urteil über den Charakter des Wirtschaftsjahres 1925“. Weiter heißt es:

„Überall die gleiche Not um Beschaffung des Kapitals, um die Aufbringung der erdrückenden Steuern, der sozialen Lasten, der Gehälter, Löhne, Unkosten, um den

Umsatz der Erzeugnisse oder Handelsgüter im In- und Auslande, um den teuren Leerlauf großer Betriebsteile, um den Kredit, den man seinen Kunden geben soll, damit er überhaupt kauft oder bestellt, und den man selbst von der Vorhand haben möchte, aber nicht oder zu kurz und teuer erhält; überall die Klage über große Ausfälle an den Forderungen, also über weitere Verluste an dem schon dezimierten Geschäftskapital. Überall die hange Frage, wie diese verzweifelte Lage einmal besser werden soll."

Nicht alle Einzelheiten dieser kapitalistischen Litanei treffen zu. Die bewegte Klage über die sozialen Lasten, die hohen Gehälter und Löhne, die erdrückenden Steuerlasten kehrt heute in jeder kapitalistischen Wirtschaftsausßerung wieder. Die neueste Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie, die sich annahmt, ein deutsches Wirtschaftsprogramm sein zu wollen, schlägt diesen scharfmacherischen Ton an und er pflanzt sich fort bis in die letzte Handels- und Handwerkerkammer. Darin liegt Methode. Aber von allem dem zunächst abgesehen: die wirtschaftliche Lage ist am Jahresende sehr ernst.

Aus dem Zustand der chronischen Krise, in dem die deutsche Wirtschaft sich vorher befand, ist sie seit einigen Monaten in das Stadium der akuten Krise getreten. Im Hochsommer und Herbst trat deutlich der Umschwung zum Schlechteren in die Erscheinung. Im August stieg die Zahl der Hauptunterstützung empfangenden Erwerbslosen auf 226 000, Ende Oktober auf 364 000, Ende November bereits auf 664 000. Die wirkliche Zahl der Erwerbslosen ist jedoch erfahrungsgemäß viel höher, sie wird am Ende des Jahres mit anderthalb Millionen nicht zu hoch angesetzt sein. Dazu kommt das Millionenheer der Kurzarbeiter. Die Kehrseite der Medaille bilden die Konkurse und Geschäftsaufsichten, die sich in einem ähnlichen Tempo entwickeln wie die Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Konkurse, die im August noch 718, im September 887, im Oktober 1139 betrug, erreichte im November die Rekordziffer von 1320. Gewiß, wir haben viel zu viel Unternehmungen, ihre Zahl muß noch gewaltig vermindert werden, aber in einer wirklich durchorganisierten und planmäßig geleiteten Wirtschaft würde sich dieser Prozeß ganz anders vollziehen. Infolge der noch immer hohen Zahl von Neugründungen vollzieht sich der „Säuberungs- und Gesundungsvorgang“ mit qualvoller Langsamigkeit, so daß die Frage entsteht, ob es überhaupt Säuberung und Gesundung ist, was wir gegenwärtig erleben. Charakteristisch ist schon, daß trotz der Massenarbeitslosigkeit und der abnorm hohen Konkurszahl die Preise unverändert auf der alten, wirtschaftsschädigenden Höhe stehen bleiben. Wo soll da die Gesundung und Erneuerung herkommen? Wir berühren hier einen Punkt, der für die Wesensart des modernen Kapitalismus von entscheidender Bedeutung ist und der in der Ursachenreihe für die gegenwärtige Krise mit an erster Stelle steht: Die übersteigerten Preise in der gesamten Wirtschaft, der Grundsatz des kleinen Umsatzes und des großen Nutzens, die kapitalistische Akkumulationstendenz auf der ganzen Linie. Das Ergebnis ist indes selbst für die Kapitalisten nicht immer das gewünschte. Diesem Umstande ist es zu einem erheblichen Teil zuzuschreiben, daß das alte Jahr mit wirtschaftlicher Stagnation, Zusammenbrüchen, Konkursen, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend endet und das neue Jahr in demselben unglückseligen Zeichen beginnt.

Die Ursachen der Krise sind an dieser Stelle oft genug eingehend dargelegt worden. Aber es sind für den neuen Krisenabschnitt doch einige grundsätzliche Hinweise notwendig. Als die Krise ihren Anfang nahm, insbesondere im

Gebiet der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, wo umfassende technische Verbesserungen und Absatzschwierigkeiten sich kreuzten, glaubten bürgerliche Sachverständige sagen zu müssen, die steigende Erwerbslosigkeit sei eine unvermeidliche Begleiterscheinung des vor sich gehenden Rationalisierungsprozesses. Nun hat der Ruhrkohlenbergbau im Verlauf des letzten Jahres die Zahl seiner Arbeiter von 470 000 auf rund 400 000 herabgedrückt; die übrige Montanindustrie ist in ähnlicher Weise vorgegangen und andere Wirtschaftszweige versuchen ebenfalls den Weg technischer Verbesserungen zu gehen. Diese Maßnahme, die wir selbst immer gefordert haben, kann vorübergehend die Erwerbslosenziffer steigern, aber sie ist keine Krisenursache, sie ist kein hinreichender Anhaltspunkt für die Vervielfachung der Erwerbslosenzahl innerhalb weniger Monate. Die Krisenursachen liegen zweifellos tiefer. Deshalb ist es geradezu unsinnig, behaupten zu wollen, die Krise sei die unvermeidliche Folge des Dawesplanes oder gar der Locarnoverträge. Die Unsinnigkeit dieser Behauptungen bedarf keiner besonderen Widerlegungen. Die wirkliche Situation ist kurz folgende: Der Dawesplan bringt Deutschland fraglos schwere wirtschaftliche und finanzielle Lasten, die sich nicht zum besten auswirken, aber es steht ebenso fest, daß Deutschlands wirtschaftliche Lage ohne den Dawesplan heute noch viel schlechter sein würde. Wer möchte im Ernst daran zweifeln?

Als erste, hauptsächlichste und allgemeingültigste Krisenursache müssen auch heute noch die verheerenden Kriegs- und Inflationsjahre genannt werden, die das erzeugt haben, was man heute zutreffend als die „Blutleere“ der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Die Kredit- und Kapitalnot, von der heute allgemein die Rede ist, was ist sie weiter als eine Folge jener Verwüstungen? Die vielen Milliarden Kreditkapital, mit denen die deutsche Wirtschaft einst gespeist und in Lauf gehalten wurde, sind bis auf einen Bruchteil verschwunden und die Erneuerung geht unter kapitalistischer Führung allzu langsam vor sich. Das Industriekapital glaubt immer noch den alten verfehlten Kreislauf der Kapitalakkumulation auf dem kürzesten Wege der Preisdiktatur und des Lohndrucks aufrecht erhalten zu können; das Bank- und Finanzkapital, dessen Übergewicht besonders im letzten Jahr wiederhergestellt wurde, verfolgt das gleiche Ziel durch Zinsübersteigerungen. Mit diesen Methoden hat man es zwar fertig gebracht, den Produktionsapparat zu erweitern, aber auf der anderen Seite steht die Zerstörung eines erheblichen Teils des Reichtums aller Völker, die Proletarisierung des gesamten Mittelstandes, die weitere Verelendung der breiten proletarischen Massen, die Zerrüttung der Märkte und die Erschütterung der Währungen, die gegenwärtig in der Aushöhlung des französischen Franken ihren deutlichsten Ausdruck findet. Diese Tatsachen zeigen schon, daß wir es gegenwärtig auch nicht mit der üblichen zyklischen Krise zu tun haben, sondern es ist die typische Nachkriegs- und Inflationskrise, die längere Zeit chronischen Charakter trug und nun akute Formen angenommen hat. Wir haben es also nach wie vor mit einem Krisenkomplex zu tun, dessen Ursachen tief liegen und dessen weitere Formen und Dauer nicht abzusehen sind.

Für den bisherigen Ablauf der Krise stellte Prof. Bonn kürzlich drei Abschnitte fest: der erste Abschnitt, das war der Zusammenbruch 1918/19, die zweite Periode war die Inflationskrise und die dritte Periode, in der wir

uns nunmehr befinden, berührt den Kapitalismus bis ins Innerste. Sie ist vielfach die Stabilisierungs- und Gesundungskrise genannt worden. Aber dieser „Stabilisierungsprozeß“ kann nicht, wie gesagt, von unbegrenzter Dauer sein, wenn er nicht schließlich in das Gegenteil von Stabilisierung münden soll, und die Dauer hängt davon ab, inwieweit der Kapitalismus fähig ist, seine negativen, destruktiven, parasitären Tendenzen erfolgreich zu überwinden. Von diesem durch Krieg und Inflation besonders gearteten Kapitalismus sagt Prof. Bonn sehr treffend:

„Er lehnt die Vorstellung, daß zum Kapitalismus die Pflicht, Verluste zu tragen, ebenso gehört, wie das Recht, Gewinne einzusteden, ab. Er verneint damit eigentlich die Notwendigkeit des Kapitalismus, denn wenn sich das Risiko völlig aus der Wirtschaft ausschalten ließe, ist der Kapitalismus als Wirtschaftsform überflüssig.“

Mit diesen Bemerkungen sind die augenblicklichen Krisenursachen nur erst schwach angedeutet, aber sie zeigen uns die Richtung, in der sie zu suchen sind.

Das ist das, was wir als die kapitalistische Wirtschafts-anarchie trotz aller Organisationsversuche, die vorliegen, bezeichnen möchten. In der kapitalistischen Wirtschaft ist zu keiner Zeit soviel organisiert und umorganisiert worden, wie während des letzten Jahrzehnts. Es wurde konzentriert, horizontal, vertikal und dann wieder horizontal; horizontal, das ist jetzt die Parole. Alles das war begleitet von den schönsten Reden über die Vorzüge und die Unfehlbarkeit des Kapitalismus, dem Ewigkeitsbestand angedichtet wurde. Und nun haben wir doch, wie Prof. Hermberg in seinem Referat auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß immer wieder betonte, keine Wirtschaftsorganisation und keine Wirtschaftsführung. Wir haben die Organisation von Interessentengruppen, Kartelle, Konzerne, Trusts, aber es ist keine planmäßige Gesamtorganisation nach wahrhaft volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorhanden. Das, was sich in kapitalistischem Sinne Wirtschaftsführung nennt, entspricht ungefähr dem, was Prof. Bonn als schlecht verhüllten Parasitismus charakterisierte. Man will durch Monopolgewalt Monopolpreise, die höchstmöglichen Profite einheimen, Staat und Volk auf die einträglichste Weise schröpfen. Wirtschaftsführung? Ihr Ausdruck sind nicht etwa die Großkonzerne, hinter denen sich zum Teil eine starke Unordnung, Schlamperei und Anarchie mit verbarg, wie die Zusammenbrüche des Stinnes-, Rahn- und Sichelkonzerns hinlänglich beweisen. Derartige Affären tragen keinesfalls zur Festigung des Kapital- und Kreditmarktes bei; im Gegenteil, im Inlande wie im Auslande ist altes Mißtrauen neu geweckt worden. So ist die Wechselwirkung verhängnisvoller Erscheinungen im Wirtschaftsleben. — Der Mangel an Einheitlichkeit und Planmäßigkeit ist eines der Grundübel, das zwar so alt ist wie der Kapitalismus selbst, das sich aber in einer Wirtschaft, die durch Krieg und Inflation so hart mitgenommen ist, wie die deutsche, doppelt schwer auswirken muß. Geht das so weiter, so ist ein dauernder Ausweg aus der Krise nicht zu finden. Die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Organisationen findet in dieser Tatsache ihre beste Bestätigung.

Als weiteres krisenverschärfendes Moment kommt hinzu die Wirtschaftspolitik, die von der kapitalistischen Bourgeoisie und ihrer Bürgerblockregierung während des verflossenen Jahres getrieben worden ist. Diese Wirtschaftspolitik ist darauf gerichtet, das gesamte Risiko der Wirtschaft auf den Arbeiter als Produktionsfaktor und auf die Verbraucherschaft abzuwälzen. Das heißt

mit anderen Worten: Lohndruck und Preisdiktatur, Zollraub und Steuerunrecht. Es gibt nichts Kurzsichtigeres und Dümmeres als diese Wirtschaftspolitik. Auch diese Wirtschaftspolitik hat das Ziel der schnellsten Kapitalakkumulation, aber es wird übersehen, daß sie den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt hindert, den inneren Markt schwächt, Störungen im Absatz und in der Produktion hervorruft, zur Krise führt und schließlich sogar die Kapitalbildung hemmt. Damit verweisen wir nochmals auf die sichtbarste und aktuellste Seite der Krise: die Kapital- und Kreditnot. In ihr erblickt man vielfach die eigentliche Ursache der Krise, aber daran ist nur soviel richtig, daß sie das Ende einer Ursachenkette bildet, deren Anfang die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Kriegs- und Inflationszeit sind. Die Ausbeutungs- und Akkumulationsmethoden des Kapitalismus sind es selbst, die die Kapitalbildung auf breiter Grundlage unmöglich machen, die deshalb auch die Kreditkrise zu einer Dauererscheinung machen; statt zu einer allgemeinen Gesundung zu gelangen, haben wir die permanente Krise, bald schleichend, bald akut.

Nach dieser Gesamtbetrachtung besteht leider wenig Aussicht, daß sich die Wirtschaftslage bald erheblich bessern könnte. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die Produktion noch weiter eingeschränkt wird und die Erwerbslosigkeit zunimmt; möglich auch, daß im neuen Jahr an einzelnen Stellen der Wirtschaft eine Besserung eintritt. Aber es wäre verfehlt, auf einzelne Besserungssymptome hin einen Konjunkturumschwung voraussagen zu wollen. Mit einer solchen Erwartung ist der hohe Stand der Preise unvereinbar. Die ernsthaften Bemühungen, von der Kreditseite die Wirtschaft wieder in lebhafteren Gang zu bringen, sind zu begrüßen. Aber man bilde sich nicht ein, durch die Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite oder durch die Bereitstellung neuer Kredite der Krise Herr werden zu können. Mit diesen Maßnahmen wird man vielleicht eine vorübergehende Konjunkturbesserung erreichen, mehr nicht. Die Kapitalistenklasse, die das nicht sehen will, verkennet vollkommen den Kreislauf der Wirtschaft. Sie will, wie aus der jüngsten Programmschrift des Reichsverbandes der Industrie zu erschen ist, weiterhin mit niedrigen Löhnen, hohen Preisen, Zollschutz, Besitzsteuerermäßigung und Einschränkung der Staatsbefugnisse an die Lösung der Krise herangehen. Die Folge davon wird sein, daß wir nur noch tiefer in den Wirtschaftsmarasmus hineingeraten. Worauf es jetzt ankommt, ist: Erhöhung der Realeinkommen, technische Verbesserungen, rationelle Wirtschaft und damit eine Verbilligung der Produktion, Erleichterungen am Geldmarkt. Mit Hilfe dieser drei Dinge würde zunächst der innere Markt gefestigt werden können. Das aber muß der Ausgangspunkt für alle wirtschaftlichen Reformen sein, die geeignet sein sollen, nachhaltige Hilfe zu bringen.

Planmäßige Nahrungsmittelversorgung

Karl Marchionini (Leipzig)

Als wir im Kriege und nach dem Kriege die höchst mangelhafte Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Ernährung hatten, sagten die Wortführer der Agrarier: Gebt uns nur die freie Wirtschaft und alles wird sich für uns wie

für die Verbraucher wenden. Jetzt besteht die sogenannte freie Wirtschaft, und die Landwirte schreien noch mehr als im Kriege. Der Ruf: „Bauer in Not!“ hallt durch das Land. Und es gibt Agrarier, die trauern heute, daß die vielgelästerte Zwangswirtschaft dahin ist. Kein Geringerer, als der einstige Ernährungsminister im Kriege, Oberpräsident a. D. v. Batocki-Bledau, selbst ein Großgrundbesitzer, hat schon am 23. Juli 1924 auf der Konferenz der preussischen Landwirtschaftskammer nach dem Protokoll, das erst ein Jahr später der Öffentlichkeit übergeben wurde, erklärt, die offensichtliche Not der Landwirtschaft habe bezeichnenderweise erst eingesetzt mit dem Ende der Zwangswirtschaft. Solange diese voll dagewesen wäre, wäre es der Landwirtschaft erträglich gegangen. Als die Zwangswirtschaft stark abgebaut worden wäre, hätte es angefangen, ihr schlechter zu gehen. Und als die letzten Reste der Zwangswirtschaft beseitigt worden wären, hätte die große Pleite angefangen. Die völlig freie Wirtschaft hätte die Landwirtschaft in eine geradezu vernichtende Situation gebracht.

Ein großkapitalistisches Blatt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schrieb am 20. Oktober 1925 in ihrem Handelsteil bei der Erörterung der Vorgänge auf den Getreidemärkten:

„Alles hat seinerzeit geschrien: **Nieder mit der Reichsgetreidestelle!**, der Handel, die Mühlen und auch die Landwirtschaft. Und nur einzelne ernste Männer warnten vor einer vorzeitigen Preisgabe der Vorratshaltung in öffentlicher Hand. Ob und was an der Reichsgetreidestelle tadelswert gewesen sein soll, mag hier außer Erörterung bleiben. Sicher ist aber, daß nur eine **vernünftige Vorratswirtschaft** ein volkswirtschaftliches Bedeihen sicherstellt. Ein um seine Existenz ringendes, völlig entblutetes Volk aber muß es tun, darf das Stück Brot nicht aus der Hand geben... Diese letzte Existenzmöglichkeit, die Ernte unseres deutschen Bodens, geben wir nicht nur aus der Hand, wenn wir so weiter wirtschaften, wie wir es mit dem deutschen Brotgetreide seit der Stabilisierung getan haben, sondern wir werden in zwei bis drei Jahren keine mehr haben.“

Beide Äußerungen sind überaus bezeichnend. Natürlich wäre auch bei dem Bestehen der Zwangswirtschaft die Agrarkrise zum Ausbruch gekommen, weil ihre Ursachen in der weltwirtschaftlichen Lage zu suchen sind, aber die Krisis wäre leichter zu ertragen gewesen. Daher auch das Bedauern des Fortfalls der Reichsgetreidestelle, deren Masseneinkäufe von Getreide stets **preis erhöhend** gewirkt haben. Die Kreise, die den Schutz Zoll begrüßt und das Einfuhrscheinssystem ruhig hingenommen haben, beklagen jetzt die Ausfuhr von deutschem Getreide, die sie erst durch ihre verkehrten gesetzlichen Maßnahmen ermöglicht haben. Seit Monaten rollen Tag für Tag die Eisenbahnzüge mit deutschem Getreide nach der Küste, wo es verladen und nach dem **Auslande** gesandt wird. Im Frühjahr müssen wir dann wieder auf dem Weltgetreidemarkt als Großeinkäufer erscheinen, um das notwendige Brot zu kaufen. Wie das auf unsere Handelsbilanz und schließlich auch auf die **Brotpreise** einwirken muß, kann man sich leicht vorstellen.

Die Ernährung der Bevölkerung leidet jetzt vor allem unter der **Planlosigkeit** der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Und sie ist es auch, die nicht nur den Verbraucher, sondern auch den **Produzenten** trifft, und daher haben inzwischen Wortführer der Agrarier Klagen angestimmt über die dahingeschiedene Zwangswirtschaft. Die Zustände sind so unerträglich, für Verbraucher wie für Produzenten, daß schließlich immer mehr Stimmen sich für ihre Änderung erheben. Wenn man bedenkt, daß an der Versorgung der Be-

bölkering mit einheimischem Fleisch sich zwischen Verbraucher und Produzenten fünf bis sechs Zwischenglieder einschieben, die alle gut verdienen, so ist es klar, daß in der jetzigen wirtschaftlichen Periode die Bevölkerung das nicht lange ertragen kann. Und alle Preisabbaubestrebungen — mögen sie ausgehen, von wem sie wollen — müssen scheitern, solange diese Zustände bestehen bleiben. Es sind auch Bestrebungen im Gange, auf diesem Gebiete eine Umgestaltung vorzunehmen. Sie machen sich zunächst im **Auslande** bemerkbar. Wir sehen ganz ab von den Versuchen der Erzeuger, ihre Produkte mit Hilfe eigener Genossenschaften ohne den Zwischenhandel an den Verbraucher heranzubringen. Sie treten auch in Deutschland hervor, sind aber hier noch — wie beim Reichslandbund — mit politisch-reaktionären Tendenzen verquitt, so daß sie größere Erfolge nicht erreichen. In Österreich haben unsere Parteigenossen ein **Agrarprogramm** ausgearbeitet*, in dem zu der planmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Getreide gefordert wird:

1. Die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide, Mehl und Kleie ist zum **Bundesmonopol** zu erklären. Sie wird von einer Monopolanstalt besorgt, die vom Bunde gemeinsam mit Vertretern der Landwirte und der Konsumgenossenschaften verwaltet wird.

Der Handel mit inländischem Getreide und inländischen Mehlprodukten innerhalb der Bundesgrenzen bleibt frei. Doch wird die Monopolanstalt verpflichtet, jede ihr angebotene Menge inländischen Getreides zu dem von ihr festgesetzten Preise zu übernehmen.

Dieser Übernahmepreis ist, unabhängig von den Weltmarktpreisen, so festzusetzen, daß der Bestand des heimischen Getreidebaues gesichert, aber jede zu diesem Zwecke nicht erforderliche Belastung der Verbraucher vermieden wird.

Die Monopolanstalt kauft ausländisches Getreide zollfrei im Ausland zum jeweiligen Weltmarktpreis, inländisches Getreide zu dem von ihr festgesetzten Übernahmepreis; sie gibt beide zu einem Mißpreis ohne Gewinn an die Verbraucher ab.

2. Tatkräftige Förderung der landwirtschaftlichen Betriebs- und Verwertungsgenossenschaften (Biehverwertungsgenossenschaften, Molkerei-, Kellereigenossenschaften), **Ausschaltung des kapitalistischen Handels** durch unmittelbare Verbindung der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Konsumgenossenschaften.

Es wäre manches zu der Frage des Getreidemonopols vom sozialistischen Standpunkt aus zu sagen, doch eine solche Auseinandersetzung mit den österreichischen Genossen paßt nicht in den Rahmen dieses Artikels, da er ganz andere Aufgaben erfüllen soll. Was in Österreich noch graue Theorie ist, das soll in der **Schweiz** zum Teil verwirklicht werden. Hier wird seit Monaten ein Gesetzentwurf zur Volksabstimmung vorbereitet, der die **Errichtung einer Genossenschaft für das ganze Land zur Getreideversorgung** vorsieht.

Die Schweiz ist wie Österreich auf die Einfuhr von Getreide angewiesen. Wie in Österreich, so ist auch in der Schweiz — beide Staaten sind Gebirgsländer — der Getreidebau **schwieriger und teurer** als der Getreidebau in den weiten Ebenen Ostindiens, Rußlands und Amerikas. Die Bauern der Schweiz und Österreichs können daher nicht die Konkurrenz mit den Farmern in Amerika oder mit den russischen Bauern aushalten. Ihr Bestreben geht daher auch dahin, einen **höheren Getreidepreis zu erreichen**, als ihn der amerikanische Farmer erhält. Der Preis soll mindestens so hoch sein, daß die Produktionskosten gedeckt werden können.

* Inzwischen hat der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie ein Agrarprogramm zum Beschluß erhoben. Dieser Aufsatz wurde vorher geschrieben. Redaktion.

In der Schweiz besteht eine Getreideverwaltung, aber sie kauft das ausländische Getreide vom einheimischen Großhandel, der für seine geringfügige Tätigkeit hohe Gewinne einstreicht und daher keine Existenzberechtigung hat. An der Aufrechterhaltung dieses Großhandels hat weder der Bauer noch der Konsument ein Interesse, und es sind seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, die Getreideversorgung so zu organisieren, daß dabei sowohl die Interessen der Bauern wie die Interessen der Verbraucher gewahrt werden. Im Vordergrund dieser Bemühungen steht natürlich die Sozialdemokratie der Schweiz.

Ein Artikel der Berner Tagwacht (Nr. 202 vom 29. August 1925) informiert uns über dies Problem. Allerlei Vorschläge und Anträge sind von den in Frage kommenden Instanzen und Kommissionen durchgeprüft worden. Die sozialdemokratische Fraktion unterbreitete folgenden Vorschlag:

Über die Getreideversorgung des Landes wird folgender Artikel in die Bundesverfassung aufgenommen:

Zum Zwecke der Sicherstellung der Brotversorgung des Landes und zur Förderung des einheimischen Getreidebaues trifft der Bund folgende Maßnahmen:

a) Er besorgt die gesamte Getreideeinfuhr des Landes durch eine **staatliche Getreideverwaltung**, die er entweder allein oder gemeinsam und als Genossenschaft mit privaten Wirtschaftsorganisationen schafft. Die Getreideverwaltung hat allein das Recht, Getreide in der Schweiz einzuführen, in der Schweiz aufzukaufen und damit Handel zu treiben. Das Nähere bestimmt das Gesetz.

b) Er unterhält angemessene Getreidevorräte.

c) Er kauft durch die Getreideverwaltung gutes, mahlfähiges Inlandgetreide zu einem Preise, der den Anbau im Lande ermöglicht. Die Getreideverwaltung hat die Verkaufspreise so niedrig als möglich, jedoch derart festzusetzen, daß der Einkaufspreis von ausländischem und inländischem Getreide und die Kosten gedeckt werden. Sie soll vorbehaltlich der Anlage von Reserven keinerlei Gewinn erzielen.

Was die Sozialdemokratie der Schweiz hier vorgeschlagen hat, deckt sich ungefähr mit dem, was nach dieser Richtung die österreichischen Sozialdemokraten in ihrem Agrarprogramm formuliert haben. Das ist natürlich zunächst auf die Grundsätze des Sozialismus, dann aber auch auf die nahezu gleichartige Lage der Getreidebauer der Schweiz und Österreichs zurückzuführen.

Wie die Berner Tagwacht mitteilt, hat der sozialdemokratische Antrag im Mittelpunkt der Debatte in der Schweiz gestanden. Seine Vorteile wären von bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen anerkannt worden, nur hätte man sich nicht entschließen können, ihn anzunehmen. Das wäre ein zu großer politischer Erfolg für die Sozialdemokratie gewesen und den hätten die bürgerlichen und bäuerlichen Vertreter verhindert. Es sei beschlossen worden, einen Artikel zur Volksabstimmung auszuarbeiten und an Stelle der staatlichen Monopolverwaltung das **genossenschaftliche Monopol** zu empfehlen. Die sozialdemokratischen Vertreter sind auch dafür zu haben. Nach der Berner Tagwacht sagten sie sich, Sozialismus sei nicht unbedingt gleichzusetzen mit Staatssozialismus. Im Staate und in der Genossenschaft käme es letzten Endes darauf an, wer sie in Händen habe und welche Macht man in ihr einsetzen könne. Ein Staatsmonopol in den Händen der Bürgerlichen gehöre nicht mehr der Arbeiterschaft als eine Genossenschaft, wenn sie nicht eine bedeutende wirtschaftliche und politische Macht auszuüben imstande sei. Die Genossenschaft bringe die Ausschaltung des als **untauglich erklärten freien**

Handels, die Monopolisierung und damit die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte für die billige Brotversorgung, da die Genossenschaft Gewinne nicht erzielen dürfe. Und da der Staat den überwiegenden Teil der Genossenschaftsanteile übernehmen müsse, so sei in ihr sein Einfluß gewahrt.

Wie wir aus der bürgerlichen Presse der Schweiz ersehen, sind aber auch Kräfte am Werk, die diese genossenschaftliche Getreideversorgung nicht haben wollen. Man möchte gern den Bauern den höheren Preis verschaffen, aber das Monopol will man nicht. Hier wittert man Gefahren für die privatkapitalistische Wirtschaft. Denn wenn man an einer Stelle anfängt, den Zwischenhandel auszuschalten, also einem Teil der Kapitalisten die Profite zu beschneiden, so kann man bei einem Erfolge für die Verbraucher sehr bald auch auf anderen Gebieten in dieser Weise vorgehen. Mögen die Dinge in der Schweiz ausgehen, wie sie wollen, diese Probleme dürften die gesamten Proletarier in allen Ländern interessieren. Einmal zeigen sie uns, wie die jogen. freie Wirtschaft immer unhaltbarer wird, wie auch allmählich die Produzenten mit ihr unzufrieden werden, und dann sieht man schon Bestrebungen, auf eine rationellere Stufe der Warenverteilung zu gelangen. Sie führen von der anarchischen Wirtschaftsform zur Planwirtschaft. Noch sind erst schüchterne Versuche zu konstatieren, noch ist der Widerstand der alten kapitalistischen Welt groß. Trotzdem wird sich das Zweckmäßige, das **Notwendige** durchsetzen, und wir kommen damit unsern großen Zielen näher, die wir uns gesetzt haben. Erforderlich ist vor allem, daß das Proletariat diese Entwicklung nicht nur mit Interesse verfolgt, sondern daß es in den ersten Reihen derjenigen steht und kämpft, die dem wirtschaftlichen Fortschritt die Gasse bahnen.

:::

:::

:::

Die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten

Dr. Judith Grünfeld (Genä)

II.

Als Barometer der amerikanischen Konjunktur gilt bekanntlich neben dem Umfang der Bauätigkeit und den Produktions- und Absatzverhältnissen der Eisen- und Stahlindustrie auch der jeweilige Geschäftsgang der Automobilindustrie. Seit Beginn der New Yorker Börsenhauße weisen nun die Autoaktien phantastische Kurssteigerungen auf, die eine starke Überwertung der Automobilpapiere bedeuten. Daß die Spekulation ihre Aufmerksamkeit in ganz besonderem Maße den Automobilwerten zuwendet, hängt auch damit zusammen, daß der Reingewinn der zehn größten Automobilgesellschaften im 3. Quartal 1925 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres durchschnittlich um 100 bis 300 Prozent sich erhöht hat. Die spekulativen Auswüchse treten aber deutlich zutage, wenn man die Zunahme des Reingewinns mit der Kurssteigerung der betreffenden Aktien vergleicht. So hat zum Beispiel die Chrysler Motor-Co. ihren Reingewinn gegenüber dem Vorjahre vervierfacht, während die Kurse dieser Aktien zur selben Zeit 6½-mal im Werte gestiegen sind. Die Kurssprünge der Automobilaktien deuten ebenso wie die ganze Börsenhauße darauf hin, daß immer noch große Kapitalbeträge in den Vereinigten Staaten Anlage suchen und vielfach an der Börse landen. Es ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, daß, wie dem „Berliner

"Tageblatt" vom 14. Dezember 1925 aus New York gemeldet wurde, die Börse in New York eine ungewöhnlich starke Anziehungskraft auch auf das mobile europäische Kapital ausübe. Die Kaufanträge, die in der letzten Zeit durch Londoner und Amsterdamer Bankhäuser nach New York gerichtet wurden, sollen so bedeutend sein, daß die angesehenen Finanzzeitschrift „Barons Weekly“ hierin eine Bestätigung für die finanzielle Vormachtstellung Amerikas im Wettbewerb zwischen London und New York erblickte. Neben England und Holland, die am stärksten an der New Yorker Börse interessiert sind, engagieren sich auch trotz des französischen Kapitalausfuhrverbotes die französischen Kapitalisten an der New Yorker Börse sehr stark, und selbst deutsche Kapitalisten (gesperrt vom „Berliner Tageblatt“) sollen ihre disponiblen Auslandsguthaben ungeachtet der in Deutschland herrschenden Geldknappheit kurzfristig in amerikanischen Börsenwerten investieren. Diese Meldung über den Zudrang des europäischen Kapitals zu den amerikanischen Börsen wirft, wenn man den stark empfindlichen Mangel der europäischen Wirtschaft an Kapital bedenkt, ein grelles Licht auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung, deren einzig regulierende Macht die Profitjagd ist. Dieser werden nun auf Schritt und Tritt die Lebensinteressen der Volksmassen geopfert.

Zur amerikanischen Automobilindustrie

Die Produktion von Personenautos stieg von 214 383 im August auf 262 036 im September. Der Absatz wies im September ebenfalls eine starke Zunahme auf. Die Automobilausfuhr, die im Jahre 1924 178 883 Wagen betrug — die höchste je erreichte Jahreszahl —, stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 bereits auf 218 212. Nach den Plänen der amerikanischen Automobilherzeuger soll 1926 eine Steigerung der Produktion der besseren Autos auf Kosten der leichteren Wagen bringen. Infolge des zunehmenden Wohlstandes steigt in den Vereinigten Staaten die Nachfrage nach besseren Wagen. Ford hatte Mitte Oktober neue Rekorde der täglichen Produktion gemeldet und für das Jahr 1926 ein vorgeschrittenes Rationalisierungs- und Verbilligungsprogramm angekündigt. Die größten hinter Ford rangierenden sechs Automobilfirmen stellen ebenfalls eine Steigerung der Produktion in Aussicht (so zum Beispiel steigert Dodge Brothers Co. die tägliche Produktion um 50 Prozent, Hudson Co. um 100 Prozent). Diese sechs Firmen beabsichtigen, im Jahre 1926 2 265 000 Autos gegen 1 610 000 im Jahre 1925 herzustellen, im Jahre 1924 betrug deren Produktion 1 083 200 Autos. Ford wird im Jahre 1926 2 000 000 Autos herstellen gegen 1,8 Millionen im Jahre 1925.

Auch die Produktionsmittelindustrien erfreuen sich eines guten Geschäftsganges. Die Werkzeugmaschinenindustrie als auch die Betriebe, die landwirtschaftliche Maschinen herstellen, sind mit Aufträgen gut versorgt. Die Zahl der Beschäftigten weist fast in sämtlichen Industriezweigen seit dem Monat September eine erhebliche Zunahme auf und ist größer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die starke Bautätigkeit erzeugt auch eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Bauindustrie. Im allgemeinen war die Zahl der im September in den Fabriken der Vereinigten Staaten beschäftigten Arbeiter um 8 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der wöchentliche Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters betrug im Staate New York im September 28,32 Dollar, was beinahe dem Höchststand seit 1920 nahekommt und um 123 Prozent den Durchschnittslohn im Jahre 1914 übertrifft (vergl. Monthly Review, New York, November 1925).

Die Reingewinne der Industriegesellschaften waren im 2. Quartal des Jahres 1925 größer als in der entsprechenden Periode der letzten Jahre. Die Industriekonzerne berichteten über größere Einnahmen insbesondere in der Erdöl-, der Bergbau-, Maschinen- und Nahrungsmittelindustrie. Dagegen weist die Eisen- und Stahlindustrie infolge der niedrigeren Preise in der ersten Hälfte 1925 geringere Reingewinne als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres auf. Einen vergleichenden Überblick über die Zunahme des Reingewinnes gibt folgende Zusammenstellung der „Monthly Review“:

Reingewinn in Millionen Dollar

Industriegruppe	Zahl d. Gesellsch.	1. Halbj. 1924	1. Halbj. 1925
Automobile	17	56	98
Erdöl	18	46	48
Stahl	14	76	68
Nahrungsmittel	13	24	26
Metall und Bergbau	15	18	24
Maschinen	11	10	11
Verschiedene	19	17	20
In allen 7 Gruppen	102	247	295
Telefon	70	72	90
Eisenbahn	198	391	438
Zusammen	365	710	823

Hier fällt vor allem die Steigerung der Profite der Automobil- und Eisenbahngesellschaften auf.

Es ist auffallend und bezeichnend, daß trotz des allgemeinen Konjunkturaufschwungs das Preisniveau eine gewisse Stabilität aufweist. Der **Großhandelsindex** des Arbeitsamtes (des Bureau of Labor Statistics) blieb zum Beispiel im Juli, August und September unverändert und betrug 160, im Oktober ging er sogar auf 157,6 zurück und blieb im November fast auf derselben Höhe (157,7). Diese Erscheinung ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die steigende Tendenz der Industrieprodukte durch die sinkende Tendenz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgewogen wird. Sind im Jahre 1924 infolge der schlechten europäischen Ernten die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten gestiegen, so tritt gegenwärtig eine umgekehrte Preistendenz zum Vorschein. Damals wiesen die Agrarprodukte eine steigende, die Industrieprodukte aber eine sinkende Tendenz auf; jetzt dagegen machen die Industriepreise eine leise Aufwärtsbewegung, die Agrarprodukte hingegen eine Abwärtsbewegung durch. Dies ist eben die Folge der günstigeren europäischen und überhaupt der guten Welsternte im Jahre 1925. Von den drei Ernten, die gewöhnlich die amerikanische Konjunktur entscheidend beeinflussen, nämlich der Weizen-, Mais- und Baumwollernte, stellt die letztere im Jahre 1925 mit $15\frac{1}{4}$ Millionen Ballen eine Rekorderte dar; die Maisernte (über 3 Milliarden Bushel 1925) ist ebenfalls bedeutend besser ausgefallen als im Vorjahre und nur die Weizenernte ist hinter 1924 zurückgeblieben. Dank der guten Ernte sind die Mais- und Baumwollpreise und auch die Schweinepreise gesunken, während anderseits die Koks- und Eisen-

preise sowie die Preise der Baustoffe im Steigen begriffen sind. Die verhältnismäßige Stabilität des Preisniveaus ist eben der Ausdruck dieser doppelseitigen und entgegengesetzten Preisbewegung und einer gewissen Zurückhaltung des Käuferpublikums.

Die ungünstige Weizenernte in den Vereinigten Staaten einerseits und die günstigeren Getreideernten in Europa andererseits verursachten eine Abnahme der amerikanischen Getreideexporte. Beachtlich ist, daß die Ausfuhr der Industrieprodukte aus den Vereinigten Staaten im September 1925 um 14 Prozent gegenüber demselben Monate des Vorjahres zugenommen hat. Gleichzeitig war die Rohstoffeinfuhr der Vereinigten Staaten um 50 Prozent höher als im September 1924, was hauptsächlich zurückzuführen ist auf die gesteigerte Einfuhr von Gummi und Rohseide. Hier tritt deutlich das rasche Industrialisierungstempo zum Vorschein. Aus einem Rohstoffausfuhrland verwandeln sich die Vereinigten Staaten immer mehr in ein Fabrikat- ausfuhrland und steigern selbst ihre Rohstoffeinfuhr. Der **Ausfuhrüberschuß** der Vereinigten Staaten war im September 1925 der niedrigste in diesem Monat seit 10 Jahren mit Ausnahme des September 1922. Die **Handelsbilanz** der Vereinigten Staaten gestaltete sich in den ersten neun Monaten 1925 nach den Angaben des „Federal Reserve Bulletin“ (New York, November 1925, S. 801) wie folgt:

In tausend Dollar				
	Waren	Gold	Silber	Gesamthandel
Einfuhr	3079554	59830	49194	3188578
Ausfuhr	3503147	204273	74636	3782056
Ausfuhrüberschuß .	423593	144443	25442	593478
Einfuhrüberschuß .	—	—	—	—

Während hier der Ausfuhrüberschuß des Goldes 144,4 Millionen beträgt, so war in der entsprechenden Zeit des Vorjahres umgekehrt die Gold-einfuhr erheblich stärker als die Goldausfuhr, so daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1924 ein **Einfuhrüberschuß** des Goldes im Betrage von 258 Millionen Dollars sich ergab. Die Steigerung der Goldausfuhr im Jahre 1925 ist unter anderem auch die Folge der Kredite, die die Vereinigten Staaten den europäischen Ländern erteilt haben. Im reinen **Warenverkehr** war der Ausfuhrüberschuß in den ersten drei Quartalen des Jahres 1925 geringer, und zwar betrug er 423,5 gegenüber 454,6 Millionen Dollars in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die weitere Abstufung der überschüssigen Goldreserven bildet für die Vereinigten Staaten insofern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, als die allgemeine Konjunktur stets der Gefahr einer inflationistischen Überspannung ausgesetzt ist. An den Effektenbörsen sind die spekulativen Auswüchse bereits deutlich genug in Erscheinung getreten. Würde der spekulative Geist und das Gründertum auch die Industriekreise erfassen, was vorläufig noch nicht der Fall zu sein scheint, so würde rasch eine Überproduktion eintreten. Die gegenwärtige Hochkonjunktur könnte dann leicht neuerdings in eine Krise umschlagen. Die Gefahr der Überproduktion ist in den Vereinigten Staaten nicht nur infolge der Goldinflation, sondern auch infolge der Zunahme der allgemeinen Produktionskapazität seit dem Kriege, besonders akut. Freilich weist gleichzeitig der amerikanische Binnenhandel eine außerordentlich starke Ent-

wicklung auf und er wird zum Beispiel auf 140 Milliarden Goldmark jährlich geschätzt, während der gesamte Welthandel nach englischen Berechnungen im Jahre 1925 im heutigen Gelde etwa 130 Milliarden Mark betragen soll. Diese Parallele läßt die enorme Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Innenmarktes deutlich erkennen.

Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamtes

Tony Sender

IV.

Eine jede gesetzgeberische Beschäftigung mit der Arbeitszeit wird nicht mehr vorübergehen können an der bedeutsamen Enquete des Arbeitsamtes, insbesondere aber an den umfangreichen Feststellungen des zweiten Teiles des IV. Bandes (1200 Seiten!), der alle auf die Arbeit bezügl. Faktoren erforscht und auf Grund dieses reichhaltigen Materials wichtige **Schlusfolgerungen über die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit** ableitet.

Sehr treffend wird einleitend hervorgehoben, daß noch niemals eine solch allgemeine Reform ein derart weites Gebiet umfaßt habe. Drängt sich da nicht unwillkürlich die Frage auf, worauf dies zurückzuführen, da die Reform doch nicht nur in den Mittelmächten, die nach der Niederlage durch eine Revolution hindurchgingen, sich durchgesetzt? Und es ist in diesem Zusammenhang sehr angebracht, wenn daran erinnert wird, daß man in den Kriegsjahren einsehen lernte, wie das Bedürfnis nach starker Produktions-erweiterung auch die Einmischung des Staates in die Regelung der Arbeitsbedingungen verlangte. Das öffentliche Gesundheitsamt der Vereinigten Staaten hat in seinem Bulletin vom Februar 1920 daraus die richtigen Schlusfolgerungen gezogen in der Betonung, daß in der Frage der ökonomischen und sozialen Probleme die Ära der Verallgemeinerung und vagen Impressionen vorüber sei. Im industriellen Organismus gäbe es ineinandergreifende Glieder, die schlecht funktionieren. Die Arbeitsbedingungen aber müßten humanisiert, der Wert des einzelnen Menschen anerkannt und darum alle Mittel studiert werden, mittels derer die Kraftreserven der Arbeiter der Arbeit zugewandt, anstatt so großzügig vergeudet werden, wie bisher. Auch in England wurden Kommissionen zur Erforschung der Arbeitsbedingungen amtlich eingesetzt, und auch diese betonen die Notwendigkeit, bessere wissenschaftliche Methoden für die Organisation der Arbeit anzuwenden, die es unmöglich machen, daß selbst fieberhafte Aktivität der Arbeiter nicht zu höherer Produktivität führt.

Auf der andern Seite aber ist zu prüfen, ob und inwieweit eine Herabsetzung der Arbeitszeit auch zu einer Verminderung der Produktion führen muß. Das könnte nur dann eintreten, wenn alle Sorge für die Erhaltung der Produktionshöhe dem Arbeiter allein überlassen bliebe. Der Wert der Reform besteht aber gerade darin, daß sie nicht nur die Arbeitsfreude hebt, sondern zugleich auch der Leitung zum Ansporn dazu dient, mehr Initiative zur Produktionsverbesserung zu entfalten. So wird sie zu starkem Hebel für

den Fortschritt in der Technik und in der Organisation der Arbeit. Es war der französische Arbeitsminister **Godart**, der im April 1919 in einem Bericht an die Kammer erklärte:

„Die Arbeiter werden sich den vermehrten Maschinen anpassen, die ihnen Mühe und Zeit ersparen; weit davon entfernt, von ihnen die Verdrängung aus der Arbeitsstelle zu befürchten und darum ihre Leistung zu verlangsamen, werden sie methodisch die berechnete Erleichterung, die sie von ihnen erwarten dürfen, studieren und darum den Nutzen der Fortschritte, die sie realisieren, fordern, anstatt nachteilige Rückwirkungen davon zu erleiden.“

Noch deutlicher aber spricht es der französische Ministerialdirektor im Arbeitsministerium **Hr. Picquenard** aus, wenn er sagt, daß zur Wiederherstellung derselben Produktionsleistung es nötig sei, daß erst der Unternehmer dahingehende Anstrengungen unternahme, um alsdann vom Arbeiter eine willige Anpassung an diese Bemühung erwarten zu dürfen.

All diese Erkenntnisse wurden speziell aus den Kriegserfahrungen gewonnen. Denn trotz der immer stärkeren Verlängerung der Arbeitszeit offenbarte es sich, daß eine höhere Produktionsleistung auf die Dauer nicht erreicht werden konnte, ja daß in den meisten Fällen dabei sogar eine verminderte Stundenleistung herauskam, die oft auch zu einer Verminderung der Gesamtprodukte führte. Die durch die Verminderung der Arbeitszeit notwendig gewordene Verbesserung der Technik muß sich erstrecken

1. auf die Apparatur,
2. auf die Arbeitsmethoden resp. Arbeitsorganisation,
3. auf die Auswahl und Ausbildung der Arbeiter,

wobei aber nicht übersehen werden darf, daß auch die Lokalitäten den veränderten Arbeitsmaschinen und Methoden angepaßt sein müssen.

Wie hat nun der Achtstundentag zur Verbesserung der Technik beigetragen? Der Bericht des Arbeitsamtes für **Schweden** stellt in 1922 fest, daß die entgangene Arbeitszeit kompensiert wurde durch entsprechende technische und organisatorische Verbesserungen, der Achtstundentag sei in vielen Industrien der Antrieb zu Produktionsverbesserungen gewesen, die auch jetzt noch weiter entwickelt werden. Zu ähnlichen Feststellungen kommen die Gewerbeinspektoren der **Schweiz**, die darauf hinweisen, daß endlich veraltete Methoden überwunden worden seien. Ähnlich der Bericht aus **Holland**. Da wird u. a. von einer Glasfabrik berichtet, in der neue Ofen aufgestellt wurden, die die Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeitergruppen zuließ, hinzu kamen noch amerikanische, vollkommen automatisch arbeitende Maschinen, mittels derer man das Defizit decken kann. Aus **Finnland** wird gemeldet, daß seit der Einführung des Achtstundentages die individuelle Arbeitsleistung um 20 Prozent gestiegen sei und man im allgemeinen dieselbe Arbeitsleistung erziele, wie ehemals in 10 Stunden. Allerdings sei dies Resultat auch auf die Verwendung neuer Maschinen zurückzuführen, die in den letzten Jahren in vielen Industrien eingeführt wurden.

Die amtliche Enquete in **Frankreich** berichtet an Hand zahlreicher Einzelbeispiele von dem starken Antrieb zu technischer Verbesserung, der vom Achtstundentag ausging. Die Ergebnisse waren derart, daß sogar an Stellen, an denen es in starkem Maße an der erforderlichen Zahl gelernter Facharbeiter fehlte, durch die besonders hohe Leistung der vorhandenen Facharbeiter die

Gesamtproduktion gesteigert werden konnte. Dies Ergebnis erzielte eine Fahrradfabrik in Courbevoie. Bei einer Gesellschaft für mechanische Werkzeuge wurde nach Einführung des Achtschentages eine Erhöhung der Produktionsleistung von 21 Prozent erzielt. In einem Unternehmen der Seidenindustrie eine Erhöhung der Stundenleistung um 27 Prozent, die neben der Verbesserung der beruflichen Fähigkeit der Arbeiter auf die Vervollkommnung des Materials zurückgeführt wird. Von einer Polierstahl- und Gewindebohrerfabrik meldet die Gewerbeinspektion nicht nur eine ganz erhebliche Erhöhung der Arbeitsleistung, sondern fügt die sehr bedeutsame Feststellung hinzu, daß ohne den Antrieb zu solch weitgehender technischer Verbesserung das Unternehmen hätte verschwinden müssen, denn die jetzigen Papierfrankenpreise seien niedriger als die Goldfrankenpreise aus dem Jahre 1917.

Doch ist es nicht nur die Aufstellung neuer Maschinen und Apparate, die für sich allein das gewollte Ergebnis zeitigt, sondern Hand in Hand damit muß eine bessere Arbeitsorganisation gehen. Das erfordert in erster Linie eine vernünftige Anordnung der Arbeitsräume und entsprechende Installation der Maschinen, Dispositionen zum raschmöglichen Transport des Rohmaterials und der Produkte in den verschiedenen Stadien der Produktion. Sowohl die englische wie die schweizerische Enquete haben festgestellt, daß veraltete Transmissions- und Kraftanlagen durch moderne Einrichtungen ersetzt wurden, daß Handarbeit der Maschinenarbeit weichen mußte. Besonders eingehende Daten bringt die französische Enquete, die im einzelnen darlegt, wieviel Verlust an Arbeitszeit durch räumliche Umorganisation im Betrieb eingespart werden konnte. Interessant ist das Beispiel einer Schmiedewarenfabrik des ehemals besetzten Gebietes, die ihre Produktion dadurch ganz wesentlich erhöhen konnte, daß das alte Werk zerstört und dann nach vernünftigeren Plänen wieder aufgebaut wurde.

Zur Verbesserung der Arbeitsorganisation gehört natürlich auch die Vereinfachung der Vielgestaltigkeit der hergestellten Artikel. Es zeigte sich, daß die Einführung des Achtschentages zu einer Verminderung der Modelle, zur Konzentration der Produktion und einer Reduzierung der Anzahl der Serien geführt hat. Diese konzentrierte Serienproduktion, auf die sich natürlich die anderen Gewerbe einstellen müssen, hat zu einer Erhöhung der Produktion geführt, ohne daß dadurch irgend eine Benachteiligung der belieferten Unternehmungen verbunden wäre.

Damit im engsten Zusammenhang steht die **Verminderung der verlorenen Arbeitszeit**. Der englische Professor Stanley Kent schätzt die verlorene Arbeitszeit auf Grund von Untersuchungen auf durchschnittlich 10 Prozent ein und fügt hinzu, daß die Höhe dieses Verlustes von der Dauer des Arbeitstages und der verursachten Ermüdung abhängt. Ein besonders interessantes Beispiel wird von dem großen englischen Industriellen Lord Leberhulme erzählt:

„Ein Unternehmer der Kriegsindustrie berichtet, daß die in seiner Fabrik beschäftigten Frauen wöchentlich 53 Stunden arbeiten. Er war außerordentlich überrascht, festzustellen, daß die Arbeiterinnen durchschnittlich 14 Stunden wöchentlich verloren. Dadurch wurde die wöchentliche Effektivarbeitszeit auf 39 Stunden per Arbeiterin reduziert. Das brachte den Unternehmer auf den Gedanken, den Arbeiterinnen zu gestatten, morgens eine Stunde später zu kommen und abends eine Stunde früher aufzuhören, so daß die Arbeitswoche um 12 Stunden reduziert wurde. Das Ergebnis

war überaus überraschend. Bei der nunmehr eingeführten 41stündigen Arbeitswoche wurde nur noch durchschnittlich eine verlorene Arbeitsstunde pro Arbeiterin gezählt und in den verbleibenden 40 Arbeitsstunden erfuhr der Ertrag der Arbeit eine Erhöhung von 44 Prozent.“

Einen eklatanteren Beweis dafür kann man wohl nicht erbringen, wie eine zu starke Ermüdung des Menschen zu starkem Arbeitsverlust führt, so daß das Bestreben der Arbeitgeber nach steter Verlängerung der Dauer der Ausbeutung sich deutlich genug als produktionshemmend erweist, weil es tatsächlich eine höhere Leistung nicht bewirken kann, zugleich aber den wichtigsten Produktionsfaktor, die Arbeitskraft, schlecht ausnutzt und zu vorzeitigem Verbrauch zwingt.

Solche Arbeitsverluste entstehen aber auch durch unzweckmäßige Verwendung der Beschäftigten. So ist es beispielsweise in manchen Hüttenwerken usw. üblich, daß die Facharbeiter auch zu Reinigungsarbeiten herangezogen werden. Die Erfahrung lehrte, daß hierdurch ein unverhältnismäßig hoher Zeitverlust entstand. Es stellte sich heraus, daß Zeit und Geld erspart wurde, nachdem die Facharbeiter von der Vornahme der Reinigungsarbeiten befreit und diese Verrichtungen von besonderen Arbeitskräften vorgenommen wurden.

Kurze Arbeitsperioden, unterbrochen durch Arbeitspausen, das dürfte die rationellste Arbeitsmethode sein. Die französische Enquete bei den Munitionsarbeiterinnen spricht sich sehr befriedigt über die Einführung dieses Systems aus. Die amerikanische Kommission gelangt zu sehr schlüssigen Feststellungen:

„Die Einführung einer Pause von zehn Minuten in der Arbeit des Vor- und des Nachmittags hat sehr günstige Resultate gezeitigt. Von den untersuchten 16 Verrichtungen waren bei 12 durchschnittliche Leistungserhöhungen nach der Pauseneinführung festzustellen. Die Einführung der Pause bewirkte im allgemeinen eine Zunahme der Stundenleistung unmittelbar nach der Pause im Verhältnis zur Stundenleistung unmittelbar vor der Pause.“

Ein Beweis dafür, wie viel gründlicher noch die Untersuchung der Ermüdungserscheinungen erfolgen muß, vor denen insbesondere die deutschen Unternehmer immer noch zurückschrecken. Man spricht ja in Deutschland seit einigen Monaten sehr eifrig von „Fordisierung“ und Einführung wissenschaftlicher Betriebsführung. Es zeigt sich aber in der Praxis, daß man dabei gesonnen ist, von Amerika nur denjenigen Teil der modernen Betriebsführung zu übernehmen, der aus dem Arbeiter größere Leistungen herauszuholen trachtet, um aber geflissentlich zu übersehen, daß solche Mehrleistung zur Voraussetzung hat die schonendste Verwendung der menschlichen Arbeitskraft und zugleich die Möglichkeit, durch ausreichende Existenzsicherung die volle Wiederherstellung der verbrauchten Kraft herbeizuführen. Nur in dieser Geschlossenheit kann das System der wissenschaftlichen Betriebsführung die erwarteten Erfolge zeitigen. Löst man aber, wie es das Streben der deutschen Unternehmer ist, die soziale Seite von der betriebstechnischen los, so müßte auch diese Methode Fiasco erleiden und die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie wäre noch einmal verzögert. Die Kosten aber hätten die Proletarier wieder einmal zu zahlen — durch neuen sozialen Druck, neue Arbeitslosigkeit.

Der Kampf um die Wirtschaftseinheit

Eugen Prager (Berlin)

Der Zollverein

England ist seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, Frankreich seit der großen Revolution. Viel länger hat sich in Deutschland die wirtschaftliche Zerrissenheit erhalten. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein waren die vielen Dutzende von kleineren und größeren Staaten, die von dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation übriggeblieben waren, auf die Erhaltung ihrer eigenen „Volkswirtschaften“ bedacht. Das hieß soviel, daß sich die zahllosen Potentaten die Schröpfung der eigenen und, soweit es anging, auch fremder Untertanen durch möglichst hohe Steuern, Zölle und Abgaben angelegen sein ließen. In einer von Friedrich List für den Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten verfaßten und an den Deutschen Bundestag gerichteten Denkschrift hieß es darüber:

38 Zoll- und Mauthlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfliehe. Um von Hamburg nach Oesterreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchreisen, zehn Zoll- und Mauthordnungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenfließen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindselig gesinnter Böllnern und Mauthnern; der hat kein Vaterland. Trostlos ist dieser Zustand für Männer, welche wirken und handeln möchten, mit neidischen Blicke sehen sie hinüber über den Rhein, wo ein großes Volk vom Kanal bis an das Mitteländische Meer, vom Rhein bis an die Pyrenäen, von der Grenze Hollands bis Italien auf freien Füßen und offenen Landstraßen Handel treibt.

Preußen führte schließlich die Zollvereinheitlichung für sein Gebiet durch, es zwang damit die anderen norddeutschen Staaten zum Anschluß an den „Zollverein“. Die treibenden Kräfte dabei waren die Finanznot der Regierungen und die Entwicklung der Industrie. Das erstarkende deutsche Bürgertum drängte auf die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets; die Revolution von 1848, die Kämpfe um die Verfassung waren die politischen Ausdrucksformen für immer dringender werdende ökonomische Notwendigkeiten. Die alten Mächte sträubten sich zuerst gegen die Zollvereinheitlichung, weil sie dahinter die Revolution witterten. Denn, so sagte Metternich:

weil der Kaufmann mit seinem beweglichen Kapital leider nicht einen, sondern allen deutschen Staaten angehöre, so könnte die Handelsfrage vom dem Revolutionärer allerdings leicht für ihre Einheitsträume ausgebeutet werden.

Die Reaktion wollte nicht sehen, daß die wirkliche Revolution, nämlich die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, sich schon längst im Innern der Gesellschaft vollzogen hatte und daß auf die Dauer die politische Anerkennung der neugeschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verhindert werden konnte.

Die Folgen der Zollvereinheitlichung in dem von Preußen beherrschten Gebiet machten sich bald bemerkbar. Die Industrie nahm einen lebhaften Aufschwung, die Voraussetzungen für den Abschluß von der Außenwelt waren beseitigt, der Zollverein suchte auf den Weltmarkt vorzudringen. Es wurden bereits Handelsverträge mit anderen Staaten abgeschlossen, man führte schon

Verhandlungen über die Regelung des Schiffahrtverkehrs. Im ganzen trug jedoch die Handelspolitik des Zollvereins keinen einheitlichen Charakter. Auf der einen Seite spielte das Schlagwort von dem „Schutz der nationalen Arbeit“ schon damals eine große Rolle, auf der andern Seite drängten die Freihändler auf die Niederreißung der Zollschranken und auf die Vereinheitlichung der Weltwirtschaft. Einer der Führer der freihändlerischen Bewegung, der Abgeordnete **Prince-Smith**, rief im Jahre 1860 aus:

Öffnen wir unsere Märkte den Erzeugnissen aller Länder, dann haben alle Länder das direkteste Interesse an unserem Gedeihen; auf unsere Sicherheit und Freiheit werden sie keine Angriffe, von welcher Seite es sei, dulden, da die Beeinträchtigung unseres Wohlstandes zugleich die Zerstörung ihres Abfages wäre. Nur zwei Jahre des freien Verkehrs und unsere staatliche Sicherheit wird viel besser gewährleistet sein als jetzt, selbst wenn wir auch nicht ein Viertel unserer jetzigen Streitmacht beibehalten.

Der Zollverein und das nachherige Preußen-Deutschland folgte nicht auf diesem Wege; es kam nicht einmal zu einer handelspolitischen Einigung mit Osterreich. Die Entwicklung führte über den „gemäßigten“ Zollschutz zum Hochschutzzollsystem, zum Wettrüsten, zur Erstarkung der imperialistischen Tendenzen.

Paneuropa

Schon im Jahre 1883 hat **Rudolf Meyer** nach einer Studienreise in den Vereinigten Staaten in seiner Schrift „Die amerikanische Konkurrenz“ dem wirtschaftlich und politisch zerrissenen Europa zugerufen, ob es denn den Großen gegenüber: England mit seinen Kolonien, Rußland in Europa und Asien, Nordamerika und China tatenlos bleiben wolle? Die europäischen Staaten könnten sich vor diesen Großen nur „durch eine enge, innige, jeden Krieg ausschließende Föderation retten“. Eine Union der kontinental-europäischen Mächte scheine utopisch zu sein; sie sei aber ebenso notwendig wie die Herstellung des sozialen und kirchlichen Friedens, wenn nicht Europa verarmen und unter die russische Herrschaft fallen solle. Der Gedanke des kontinental-europäischen Zusammenschlusses ist bis in die Zeit vor dem Weltkrieg weitergesponnen worden, auf sozialistischer Seite wurde er besonders häufig von den Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte“ zum Ausdruck gebracht. Die Anhänger dieses Gedankens gehen davon aus, daß Großbritannien andere wirtschaftliche und politische Interessen habe als die kontinentalen Staaten. Den europäischen Kontinent behandle England nach dem Grundsatz des Gleichgewichts der Mächte; in Wirklichkeit spiele es aber immer eine kontinentale Macht gegen die andere aus, weil sowohl die Hegemonie des einen Staates über alle anderen, wie auch der Zusammenschluß aller kontinentalen Staaten die Weltmachtsstellung Englands bedrohe. Die Kontinental-Europäer bekämpfen deshalb die Annäherung Deutschlands an England, befürworten dagegen die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Sie weisen vor allem darauf hin, daß die beiden bedeutendsten Staaten des Kontinents gleichgeartete und sich ergänzende wirtschaftliche Interessen haben, während Englands Entwicklung sich abseits vom Kontinent vollziehe und zumeist nach den Kolonien tendiere. Dieser Auffassung muß entschieden widersprochen werden; schon die Tatsache, daß mehr als ein Drittel der englischen Fabrikatausfuhr nach den übrigen europäischen Staaten geht, zeigt die enge Verbundenheit britischer und kontinentaler Interessen. Auch die gegenwärtige ungünstige wirtschaftliche Lage Großbritanniens ist nicht

zuletzt dem Umstande geschuldet, daß die Aufnahmefähigkeit des Kontinents stark zurückgegangen ist.

Weniger von wirtschaftlichen als von politischen Voraussetzungen geht Graf **Coudenhove-Calergie** aus, dessen paneuropäische Ideen in der jüngsten Zeit viel von sich reden gemacht haben. Seine Gedankengänge begegnen sich vielfach mit den Darlegungen Rudolf Meyers in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Das zersplitterte Europa, so sagt Coudenhove in seinem „Paneuropäischen Manifest“, geht einer dreifachen Katastrophe entgegen: Einem neuen Selbstvernichtungskrieg, der unseren Erdteil in einen Friedhof wandeln werde. Der Eroberung durch Rußland:

Erholt sich Rußland von seiner Wirtschaftskatastrophe, bevor Europa sich einigt, so muß Europa unrettbar der russischen Hegemonie verfallen; einigt sich Europa, bevor Rußland wiederhergestellt ist, so ist Europa vor der russischen Gefahr gerettet.

Der wirtschaftliche Ruin sei die dritte Lebensgefahr für Europa:

Denn die europäischen Zwischenzölle behindern und verteuern jede Produktion. Die europäischen Wirtschaftsparteien sind also verurteilt, von den außereuropäischen Wirtschaftsparteien Amerikas, Britanniens, Rußlands und Ostasiens künftig ebenso erdrückt zu werden — wie Krämer von Trusts.

Coudenhove stellt für die Verwirklichung Paneuropas folgendes Programm auf:

1. Gruppierung der europäischen Staaten nach dem Muster Panamerikas; dies wäre entweder innerhalb des Völkerbundes (nach Deutschlands Beitritt) möglich oder durch Einberufung einer paneuropäischen Konferenz nach dem Muster der panamerikanischen.
2. Defensivbündnis zum Schutze der gemeinsamen Ostgrenze.
3. Abschluß obligatorischer Schiedsverträge und gegenseitiger Grenzgarantie zwischen den Staaten Europas.
4. Anbahnung einer Zollunion durch periodische Wirtschaftskonferenzen der europäischen Staaten.

Die neue Zollunion

Die Vertreter Paneuropas übertragen also den Gedanken der zollpolitischen Einigung Preußen-Deutschlands auf das kontinentale Europa mit Ausschluß Rußlands. Sie lehnen die freihändlerischen Ideen ab, weil nach ihrer Meinung die Beseitigung aller handelspolitischen Beschränkungen und Absperrungen in der ganzen Weltwirtschaft vorläufig nicht durchführbar sei. Sie kommen damit in bedenkliche Nachbarschaft zu jenen Leuten, die die europäische Zollunion vornehmlich als Machtinstrument gegenüber den anderen Erdteilen aufrichten wollen. Schon im Jahre 1903 hat der konservative Reichstagsabgeordnete **Graf Schwerin-Löwis**, einer der Führer der deutschen Agrarier, auf dem internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Rom einen Antrag auf Schaffung einer gesamteuropäischen **Zollkonvention** eingebracht, den er folgendermaßen begründete:

Von der Bildung einer europäischen Zollunion solle zunächst Abstand genommen werden, da die darauf gerichteten Bestrebungen bisher an unüberwindlichen Schwierigkeiten gescheitert seien. Dagegen empfehle es sich, bei dem Abschluß neuer Handelsverträge der europäischen Staaten eine Bestimmung aufzunehmen, „daß bei der Einfuhr von Waren, deren Erzeugung in Europa vom Importeur nachgewiesen ist, besondere Zollermäßigungen zu gewähren sind, die bei der Einfuhr außereuropäischer Provenienzen nicht gewährt werden dürfen und daß diese Vergünstigung solange zu gewähren ist, als von jedem der vertragschließenden Staaten bei der Einfuhr solcher

Baren Zölle mindestens in Höhe der Ermäßigung erhoben werden (weil ohne die Erhebung eines solchen Zolles in den Durchfuhrländern den außereuropäischen Provenienzen doch indirekt die gedachten Zollermäßigungen zugute kommen würden)".

Der Sinn dieses Antrags und seiner Begründung entsprang lediglich den Interessen des deutschen Großgrundbesitzes, zu dessen Gunsten Europa in eine Kampfstellung gegenüber den anderen Weltteilen gedrängt werden sollte.

Um die Vormachtstellung der europäischen Industrie zu schützen, vertrat **Gerhard Hildebrand** in seiner im Jahre 1910 erschienenen Schrift „Die Erschütterung der Industriebherrschaft und des Industrie-Sozialismus“ eine Zollunion der westeuropäischen Industriestaaten. Die inneren Zollgrenzen der westeuropäischen Staaten sollten fallen, damit die weitere Heranzüchtung neuer Industrieunternehmungen verhindert und den bestehenden Industrien ein erweiterter innereuropäischer Markt gesichert werde. Die westeuropäische Zollunion würde eine so starke Basis haben, daß sie den Industrialisierungsprozeß der Agrarstaaten aufhalten könnte. Noch engere Grenzen, aber gleichfalls verbunden mit Macht- und Expansionsgedanken, steckten sich die Vertreter der Idee einer **mitteleuropäischen Zollunion** während des Krieges. Es lohnt sich nicht mehr, jetzt noch darauf zurückzukommen. Allen diesen Zollunionsideen ist gemeinsam, daß sie die politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen und wichtige wirtschaftliche Tatsachen unberücksichtigt lassen.

Die sozialistische Lösung

Nur kapitalistische Selbstsucht hat Interesse an der Aufrechterhaltung der Zerrissenheit Europas. Die Arbeiterklasse aller Länder dagegen hat das entgegengesetzte Interesse: die wirtschaftlichen Schranken zwischen den Völkern zu beseitigen und damit auch das friedliche Zusammenleben auf politischem Gebiete zu ermöglichen. Weder die gewerkschaftliche noch die sozialistische Internationale erkennt eine Gruppierung der Interessen nach Ländergruppen oder Erdteilen an. Wo bestimmte Gegensätze noch bestehen, können sie nicht durch Abgrenzung, sie müssen durch Verständigung beseitigt werden. So hat auch der **internationale Sozialistkongreß in Marseille** gefordert:

daß neben dem internationalen Arbeitsamt die bestehenden wirtschaftlichen Organe des Völkerbundes in einen wirklichen internationalen Wirtschaftsrat umgewandelt werden, an dem die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen beteiligt sind. Dieser hätte die internationalen Probleme der Produktion und des Verbrauchs zu prüfen, die Währungsverhältnisse zu überwachen, den internationalen Verkehr und die Transportmöglichkeiten zu erleichtern, eine gerechte Verteilung der Rohstoffe für alle Nationen zu sichern, das Hochschutzzollsystem und den wirtschaftlichen Nationalismus zu bekämpfen, sowie die Anpassung oder Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung herbeizuführen.

Ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit der ganzen Welt das höchste Ziel der Arbeiterklasse, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß die **europäischen Nationen** alle Ursache haben, zunächst einmal die wirtschaftliche Einheit für sich selbst durchzuführen. Die beherrschende Stellung Europas auf dem Weltmarkt ist dahin; geblieben ist die Sorge, wenigstens eine gleichberechtigte Stellung neben den anderen Weltteilen zu behalten. Wenn aber die heutigen Zustände nicht mit größter Beschleunigung beseitigt werden, so droht dem ganzen Europa das Schicksal der alten Weltreiche. Die weltwirtschaftliche

Stellung Europas ist vor allem durch seine Zersplitterung erschüttert worden. Europa zählt gegenwärtig 450 Millionen Einwohner, die sich auf 35 unabhängige Staaten verteilen. Von diesen Staaten haben zehn eine Bevölkerung von über 10 Millionen, sieben eine solche von 5 bis 10 Millionen und neun eine solche von 1 bis 5 Millionen. Alle diese Länder besitzen nicht nur eigene kostspielige Verwaltungen, sie schließen sich auch gegeneinander durch hohe Zollmauern ab, sie unterbinden den Kreislauf eines gesunden Wirtschaftsverkehrs. Anders dagegen steht es um Amerika; die Vereinigten Staaten haben mehr als 100 Millionen Einwohner, sie bilden einen einheitlichen Wirtschaftskörper, der über ungeheure Naturschätze verfügt. Zu der Tatsache der Balkanisierung Europas kommt noch die andere, daß die Kolonial- und Ausbeutungsmöglichkeiten in den anderen Weltteilen zu Ende gehen. Die Welt ist aufgeteilt, die bisherigen Kolonialvölker schütteln die europäische Bevormundung ab, sie machen sich in wirtschaftlicher und politischer Beziehung von Europa unabhängig. Je mehr aber der Waren- und Kapitalexport der europäischen Nationen gehemmt wird, desto härter muß sich der überschüssige Kraft- und Menschenreichtum an den innereuropäischen Grenzen stoßen, desto schneller muß sich aber auch dieser Überschuß in Verarmung und Verelendung wandeln.

Bei alledem muß man berücksichtigen, daß Europa stets sein eigener bester Kunde gewesen ist. So betrug die Ausfuhr von Fertigwaren aus Deutschland im Jahre 1913 nach anderen europäischen Staaten 4788,7 Millionen Mark, nach Amerika 1229 Millionen Mark, nach Asien 508,4 Millionen Mark, nach Afrika 164 Millionen Mark, nach Australien 92,6 Millionen Mark. Bei der Ausfuhr aus Frankreich stand im Jahre 1921 an erster Stelle Großbritannien mit 3300 Millionen Franken, es folgte Deutschland mit 2300, und dann erst kamen die Vereinigten Staaten mit 2000 Millionen Franken. Selbst für England, wo man annehmen müßte, daß es im wesentlichen seine eigenen Kolonien mit Fertigerzeugnissen versorgt, spielt die Ausfuhr nach Europa eine gewichtige Rolle, betrug sie doch im Jahre 1913 37,6, im Jahre 1920 40,4, im Jahre 1921 37,6 Prozent der Gesamtausfuhr. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika den größten Teil ihrer Fertigwaren nach Europa versenden. Berücksichtigt man bei alledem, daß die europäischen Staaten den weitaus größten Teil ihrer Produktion im eigenen Lande verbrauchen und daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil über die Grenzen hinausgeht, so wird man sich eine Vorstellung davon machen können, wie ungeheuer sich die Wirtschaftskraft Europas entfalten müßte, wenn erst einmal seine inneren Zollgrenzen gefallen sind. Wir haben schon erwähnt, daß die Vereinigten Staaten über außerordentlich große Bodenschätze verfügen. Der vielfach ausgesprochenen Behauptung, daß es Europa an den gleichen natürlichen Reichtumsquellen mangle, muß ganz entschieden widersprochen werden. Mit Ausnahme von Öl und Gold finden sich bei uns alle Elemente für eine ertragreiche landwirtschaftliche und industrielle Betätigung; nur das eine fehlt uns, die einheitliche Bewirtschaftung und Verteilung der Erzeugnisse des Bodens und der menschlichen Arbeit.

Die Arbeiterklasse wird alle Bestrebungen zur Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Europas unterstützen, weil sie die Vorbedingung für die Ver-

einheitlichung der gesamten Weltwirtschaft ist. Sie muß aber aufs schärfste jeden Versuch bekämpfen, unter dem Deckmantel einer Zollunion neue Machtgebilde zu schaffen, die eine Kampfstellung gegen andere wirtschaftliche oder politische Einheiten oder gar gegen die übrige Welt einnehmen sollen. Der internationale Sozialistenkongreß in Marseille hat sich nicht auf solche machtpolitische Spielereien eingelassen, sondern den Weg gewiesen, auf dem allein der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt und die dauernde Versöhnung der Völker erfolgen kann.

..

Lohnpolitik

v. g. Schubert (Frankfurt a. Main)

Jahraus jahrein werden Lohnkämpfe geführt und die Gewerkschaftsfunktionäre und Kollegen fragen nicht erst lange, ob dieses Beginnen wissenschaftlich motiviert ist oder nicht, sondern sie richten sich nach der Gunst oder Ungunst der Verhältnisse — und tun gut daran. Aber die Wissenschaft beschäftigt sich dennoch auch mit dem Lohnproblem und kein ernsthafter Rationalökonom kann daran achtlos vorübergehen. Sie unterscheidet dabei Lohntheorie und Lohnpolitik.

Lohntheorie ist, wie alle theoretischen Wissenschaften, die Frage nach dem „was ist“. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wollten wir auf die verschiedenen Lohntheorien näher eingehen. Zur Information seien nur die hauptsächlichsten genannt, die sich in drei Gruppen teilen lassen: 1. Die individualistischen Lohntheorien mit ihren verschiedenen Schulen: a) den Physiokraten, b) den Optimisten und c) den Pessimisten. 2. Die sozialen Lohntheorien, die sich wiederum in a) absolute und b) relative teilen, diese wiederum nach dem sozialen Gerechtigkeitsmotiv und dem religiösen Mitleidsmotiv. 3. Die sozialistischen Lohntheorien, die sich wieder gliedern in a) kapitalistische (Gegenwart), b) sozialistische Verteilungsprobleme (Zukunft) und c) Monopollohntheorie. Alle diese Theorien leugnen eine Lohnpolitik und halten sie für ein müßiges Beginnen, außer der Monopollohntheorie, die sie nicht nur zuläßt, sondern sogar ihre Notwendigkeit beweist. Dem natürlichen gesetzlichen Bestehen des Lohnes tritt eine lohnpolitische Tendenz entgegen.

Lohnpolitik ist eine praktische Wissenschaft und fragt, wie alle diese, nach dem „was sollte sein“. Sie ist eine bewußte Einflußnahme auf die Gestaltung und Bestimmung des Lohnes. Die unvollkommene Wirklichkeit soll nach einem Idealszustand eingerichtet werden.

Die abhängige (Lohnarbeit) nimmt gegenüber der selbständigen Arbeit immer mehr zu und immer mehr Menschen müssen in die Betriebe eingegliedert werden. Das soll natürlich möglichst reibungslos und schöpferisch geschehen. Der Antriebsmotor für diese Menschen ist aber abhängig von der Leistungsfähigkeit und der Leistungswilligkeit, diese wiederum hängt aber eng zusammen mit der Arbeitszeit, der Höhe des Lohnes und den Lohnformen.

Woraus setzt sich der Lohn überhaupt zusammen? Der Lohn umfaßt:

1. Alle Bezüge, feste und schwankende, vertrags- und gewohnheitsmäßige, soweit ein Rechtsanspruch besteht.
2. Bartegelder, Ruhegehälter, Pensionen usw.
3. Alles Einkommen aus sonstigen Verdienstmöglichkeiten innerhalb des Arbeitsverhältnisses, zum Beispiel Trinkgelder.

Ausgeschlossen sind alle Leistungen, die nicht auf Gegenleistung von Arbeit zurückzuführen sind, außerdem Spesen und sonstige Zuwendungen. Noch ein paar Sätze zu den Lohnarten und Lohnformen. Unter Lohnarten sind gemeint, ob Lohn, Gehalt, Salär, Gage, Honorar, Sold und dergleichen, weiter, ob Natural-, Immaterial-, Geldlohn. Lohnformen sind: 1. Zeitlohn, 2. Akkord- oder Stücklohn, 3. Prämienlohn, 4. Beteiligungs-systeme, 5. „Veredelungs“formen, z. B. Gewinnbeteiligung, gleitende Lohnskala und Soziallohn. Eine gründlichere Besprechung der Lohnformen, warum hier die und dort jene Form angewandt wird, weiter über die verschiedensten Systeme mit ihren Vorteilen und Nachteilen, würde hier zu weit führen.

Uns interessiert hier vor allen Dingen die eine Frage, ob Lohnpolitik sozial überhaupt möglich ist, das heißt einmal, ob sie zu einer realen und nicht nur zu einer nominalen Einkommenserhöhung zu führen vermag, und weiter, ob sie nicht den Produktionsinteressen der Allgemeinheit entgegensteht. Suchen wir uns die Antwort aus der Praxis zu geben, indem wir eine Reihe von möglichen Fällen aufzählen. Mit Hilfe der Gewerkschaften ist eine Lohnerhöhung erreicht mit der Wirkung:

1. Die Lohnerhöhung wälzt sich nicht wieder auf den Markt, das heißt auf den Preis der Waren ab. Die Konsumrate des Unternehmergewinns wird getroffen. Angstliche Gemüter werden behaupten, daß dann das Kapital aus dem betreffenden Unternehmen abwandern würde. Das trifft in gewissem Maße auch wohl zu, jedoch nicht so stark, als befürchtet wird, denn das Beharrungsmoment ist auch in der Wirtschaft groß.
2. Die Lohnerhöhung kann durch gesteigerte Produktion wieder ausgeglichen werden, ohne die Gewinnrate zu kürzen. Wir erleben zurzeit in Deutschland ja täglich den Fall, wo durch Verlängerung der Arbeitszeit und gesteigertes Antriebsystem der kampfshafte Versuch der Produktionssteigerung gemacht wird und man sich vor dem einzig möglichen Mittel der Intensivierung durch verbesserte Technik sperrt.
3. Die Lohnerhöhung führt zur Betriebsstilllegung. Das braucht noch nicht zur Störung der Gesamtwirtschaft zu führen, was bei der Kartellpolitik viel mehr der Fall ist. Eine größere Krise kann aber verhindert werden, wir müssen uns nur angewöhnen, diese Dinge von einer höheren Warte der Wirtschaft aus zu beobachten und nicht an lokalen Bedingtheiten und Bedenken hängen bleiben.
4. Die Lohnerhöhung wälzt sich auf die Produkte ab. Das besagt aber noch keineswegs, daß sie damit illusorisch sei, denn sie kann auch Zahlungsfähige treffen. Denken wir zum Beispiel an die Luxusindustrie.
5. Die Lohnerhöhung hemmt den Weltmarkt. Das beweist nur, daß die Produktion der betreffenden Waren nur auf Hungerlöhnen aufgebaut ist. Das wäre ein unhaltbarer Zustand.
6. Die Lohnerhöhung führt zur Geburtensteigerung. Das ist die alte Auffassung, die Malthus in seinem Bevölkerungs-gesetz aufgestellt hat und die sich zum Teil in dem ehernen Lohn-gesetz von Lassalle noch findet, die aber durch die Wirklichkeit widerlegt ist, denn wir finden in den gehobeneren Kreisen der Arbeiterschaft durchweg weniger Kinder, als in den gedrückteren.

Wir haben aus den Beispielen also gesehen, daß durch die Lohnpolitik wohl eine reale Einkommenserhöhung möglich ist, ohne daß sie die Gesamtinteressen schädigt.

Dieser Art von Lohnpolitik, die auf freier Vereinbarung fußt, wobei natürlich die Lagerung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit eine große Rolle spielt, steht gegenüber die **autoritäre Lohnpolitik**, wo Gebietskörperschaften die Träger sind. Hier gibt es nun gar keine Gleichartigkeit, sondern sie ist zu allen Zeiten und in allen Ländern verschieden. Unsere ortsüblichen Tagelöhne sind, soweit sie für staatliche und städtische Arbeiter galten, ein

Stück autoritäre Lohnpolitik. Heute finden sie kaum als tatsächliche Löhne noch Anwendung, sondern sind, soweit sie überhaupt noch bestehen, Richtlöhne für Gutachten, Versicherungen usw. Aber auch sonst gibt es vielfach behördlich festgesetzte Löhne, die früher meist Maximallöhne waren, heute Minimallohne sind. Auch bei den sozial beeinflussten Löhnen ist autoritärer Lohn das deutsche System, während autonomer Lohn das englische System ist. In Belgien wird der Lohn vielfach dadurch behördlich beeinflusst, daß der Staat Submissionsverträge abschließt, das heißt Arbeitgeber und Arbeitgeber ist. In vielen Ländern gibt es Mindestlohn Gesetze, zum Beispiel in Neuseeland, wo es außerdem Lohnämter, Einigungsämter und Schiedsgerichte gibt. Tatsächlich hat es zwischen 1894 und 1906 dort keinen Streik gegeben. England hat seit 1909 ein Mindestlohn Gesetz — Trade boards —, welches zunächst nur für vier Industriegruppen galt, aber immer mehr anwachsend, heute für 4 Millionen Arbeiter gilt. Für die Bergarbeiter gilt ein besonderes Gesetz — Boal mines. Während der Kriegszeit gab es in England Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte, aber auch Mindestlöhne für Landarbeiter. Soviel nur der Beispiele. Schließlich sei noch auf die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums (Brauns) hingewiesen, welche u. a. enthalten: Lohnpolitik darf keine Antiproduktionspolitik sein — Höchstlöhne nur für Bergarbeiter — an diese Höchstlöhne heranreichend die Feuerarbeiter sowie qualifizierte Metallarbeiter und Saisonarbeiter — der Realwert des Lohnes soll erhalten bleiben — mehr Leistungslohn als Soziallohn — richtiges Verhältnis zwischen leitender und schöpferischer Arbeit — Überzeit und Nachtarbeit muß besser bezahlt werden — die Löhne dürfen nicht auf Kosten der Akkumulation gekürzt werden. Das sind so einige Gedanken aus den Richtlinien und wir sehen, daß sie wirklich sehr zahm und bescheiden, zum Teil sogar falsch sind. Sie werden besser und weitgehender werden mit der Erstarkung proletarischer Macht.

::

Bücherbesprechung

Dr. G. Hoeniger und Dr. G. Wehrle: *Arbeitsrecht. Sammlung der reichsgesetzlichen Vorschriften zum Arbeitsvertrag*. Verlagsbuchhandlung J. Bensheimer, Mannheim. Preis gebunden 6 M. Zum Vorwort A. die beiden Grundformen des Arbeitsvertrags wäre von unserem Standpunkt zum „Kapitel 4 Mitbestimmungsrecht“ mancherlei zu sagen. Doch kann das nicht in einer kurzen Buchbesprechung geschehen. Einige Sätze beim Vorwort B. Übersicht über den Gesetzesstoff zum „Kapitel 4 Betriebsrat“ könnten mißdeutet werden. Wenn es dort heißt: „Das Betriebsrätegesetz ist nicht durchweg zwingendes Recht. Es läßt Abänderungen durch Tarifverträge zu;“ so sind die Einzelfragen, um die es sich dabei handelt, im BRG selbst klar umrissen. Grundsätzlich ist jedoch zu betonen: was im BRG als Rechte für die Betriebsvertretung niedergelegt, kann nicht etwa durch Tarifverträge aufgehoben werden. Einer Erweiterung der im Gesetz gewährten Mindestrechte steht durch tarifliche Abmachungen natürlich nichts im Wege. Dem Vorwort folgen in guter, übersichtlicher Zusammenstellung auf 521 Seiten die auf das Arbeitsrecht Bezug nehmenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen. Den Inhalt zeigen folgende Kapitel an: Reichsverfassung und ihre Vorläufer, Arbeitsvertragsrecht, Tarifrecht, Betriebsvertretung (BRG, Wahlordnung und 11 Verordnungen, Gesetz über die Betriebsbilanz usw., Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat u. a.), Verfahren beim Schlichtungswesen, Gewerbe- und Kaufmannsgericht usw., Sonderrecht einzelner Gruppen, Beschränkungen bei Einstellung und Entlassung, Betriebsstilllegung, Verordnungen zur Arbeitszeitregelung, Arbeitslohn, Frauenarbeit Arbeitsnachweis und

Erwerbslosenfürsorge, Internationales Arbeitsrecht und schließlich nach Diverfes in einem Anhang. Die vorliegende handliche Sammlung gesetzlicher Vorschriften zum Arbeitsrecht ist sehr zu begrüßen und verdient das Buch die Beachtung aller Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, denen es zum täglichen Gebrauch zu empfehlen ist. R. D.

*

Die Arbeitslosenversicherung. Eine rechtsvergleichende Studie. 154 Seiten. Broschierl. 2 M. Herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf. Kommissionsverlag Dr. Hans Preiß, Berlin C 19, Gertraudenstr. 18/19. Kurz, klar und übersichtlich werden die Bestimmungen aller der Länder, welche die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, dargestellt, die verschiedenen möglichen Systeme erläutert und schließlich die Probleme hervorgehoben, welche gerade im Stadium der Einführung der Versicherung gelöst werden müssen. Die Schrift verdient die eingehendste Beachtung aller am Problem der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherung interessierten Kreise. Da der deutsche Reichstag in kürzester Frist mit einer Regierungsvorlage zur gesetzlichen Regelung einer Arbeitslosenunterstützung auf der Basis einer Versicherung zu rechnen hat, gewinnt die vorliegende Broschüre besondere aktuelle Bedeutung. R. D.

W. Eschbach: Kinderelend — Jugendnot. Auch eine Bilanz des Krieges. Mit 21, zum Teil ganzseitigen Photos. 8°, 64 Seiten, gut kartoniert 1,80 M., gebunden 2,20 M. E. Laubsche Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. In neubearbeiteter zweiter Auflage zeichnet Eschbach in nackten Daten und erschütternden Bildern das Schicksal von Kriegs- und Nachkriegsgeborenen im Zusammenhang mit der sozialen Lage breitetester Bevölkerungsschichten. Damit wird die Schrift eine furchtbare Anklage gegen soziale Unterlassungsünden von Staat und Gesellschaft. In vier Kapiteln: Kriegsfolgen, Ernährungslage, Kinderkrankheiten, Wohnungsnot und Kleidermangel schildert Eschbach die unmittelbaren Kriegsfolgen auf gesundheitlichem und sozialem Gebiete für die lebende Kinder- und Jugendgeneration, und läßt die jetzt noch nicht abzuschätzende und auf Generationen wirkende Schädigung der Volkskraft durch den Krieg klar erkennen. Das Werkchen bietet eine Fülle wichtigsten Materials für alle sozial Interessierten und wird besonders auch im Kampfe gegen Krieg und Kriegsgeschrei eine willkommene Waffe sein. Ein gutes Vorwort, das die wackere Vorkämpferin des Proletariats, unsere unbergessliche Luise Biez wenige Tage vor ihrem Tode zur 1. Auflage schrieb, ist auch in der neuen Ausgabe enthalten. R. D.

*

Bornholmer Novellen von Martin Andersen Nexö (Verlag J. S. W. Dieck Nachf.). Aus innerster Notwendigkeit heraus, nicht nur weil er selbst gelitten, sondern weil ihn seine Gestaltungskraft dahin drängt, ist Nexö zum Dichter des Proletariats geworden. Und wie alles wahrhaft Geniale durch Schlichtheit frappiert, so hinterläßt uns auch Einfachheit der Sprache und Darstellung auf dem Grunde eines tiefen Gemüts bei den Bornholmer Novellen einen außerordentlichen Eindruck. Wieviel scheinbar Dunkles, Schicksalhaftes bestimmt das Leben seiner Gestalten, über das aber der Dichter unausgesprochen bereits hinausweist, es leise und unaufdringlich als aus dem Schoße einer fehlerhaft organisierten Gesellschaft geboren aufzeigend. Proletariatschicksale zumeist sind es, die geschildert werden, aber der eigentümliche Reiz besteht darin, daß sie nicht pessimistisch stimmen, daß nicht Hoffnungslosigkeit aufsteigt, sondern nur die schlichte Frage: Mußte das alles so sein? T. S.

Notiz! Der Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, G. m. b. H., Berlin W 30, hat sich bereit erklärt, die Dauer des der Nr. 24 der Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie beigelegenen **Bücherangebotes zu verlängern.**

Viele Kollegen haben von der Gelegenheit, Bücher auf Abzahlung in angebotenen oder aus dem Katalog selbst zusammengestellten Paketen zu stark ermäßigten Preisen zu beziehen, Gebrauch gemacht. Andere erhielten das Angebot leider zu spät, um bis zum 15. Dezember 1925 bestellen zu können. Deshalb die Verlängerung bis zum **31. März 1926**, und zwar sowohl für die zusammengestellten Pakete, wie für die zur Auswahl gestellten Bücher. Wir bitten die Kollegen, von der Fristverlängerung Kenntnis nehmen zu wollen. Kataloge können jederzeit noch angefordert werden.